

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Beylags- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei
Einsendung der Rückporto.

Erscheint mit Ausnahme
des Monats März 1924.

Um Smerals Kopf?

Wie dem Tag die Nacht, so folgt jedem Kongress der kommunistischen Internationale die „Säuberung“. Man möchte nicht glauben, wie sehr nach den Anschauungen der Moskauer Überborden die Exekutiven der einzelnen Sektionen der Komintern vom Opportunismus verfeuert sind, wenn man es nicht aus den alljährlich mit periodischer Pünktlichkeit erfolgenden Hinauswürfen von Kephern aus der bolschewistischen, alleinseligmachenden Kirche ersähe. So folgt auch jetzt dem großen Schauplatz des fünften Weltkongresses, der in den juristischen Brunnensälen des Moskauer Kreml tagte, eine Anzahl von Nachgerichten. Boris Souvarine, der Führer der französischen Kommunisten, der vor einem Jahre noch bei Moskau in so hohem Ansehen stand, daß er mit Frossard und Cachin gründlich aufzuräumen durfte, ist in Ungnade gefallen, weil er auf dem Weltkongress für Trotski eintrat und in der „Humanite“ wird kundgemacht, daß er aus der Partei ausgeschlossen wurde. Desgleichen wurde in Moskau über Höglund, den Führer der schwedischen Kommunisten, Bericht gehalten, weil er sich opportunistischer Verbrechen schuldig gemacht haben soll. Nur dem Umstand, daß die Mehrheit der schwedischen Partei hinter ihm steht, hat er es zu danken, daß er nicht sofort hinausfloz und ihm eine Galgenfrist gewährt wurde, in der er zu Kreuze kriechen und sich unterwerfen soll, da ihm sonst der Stuhl vor die Türe gestellt wird.

Dieselben Gründe wie bei Höglund sind es, die den Moskauer Synod bestimmten, auch mit Smeral noch etwas Geduld zu haben, sonst wäre der fünfte Komintern-Kongress der letzte für ihn gewesen. Smerals opportunistische Sünden sind zahlreich wie der Sand am Meere, und was für ihn noch ärger ist, Moskau traut ihm nicht und glaubt nicht an seinen Willen, die Beschlüsse des Weltkongresses durchzuführen, obwohl er dies immerzu beteuert. Sinowjew hat es ihm und Kreisch auf den Kopf zugesagt, daß sie mit doppelten Karten spielen, wohl den Beschlüssen zustimmen, ihre Durchführung aber unter allerlei Winkelzügen und Ausreden hintertreiben. Das kann Moskau nicht brauchen. Der Prüffstein des Kommunismus ist Kadavergehorsam und Rechtgläubigkeit, die Sinowjew-Bucharin wollen keine wirklichen Arbeiterparteien, nur blind gehorchende Werkzeuge zur Durchführung ihrer Befehle; große, lebendige, sich selbst regierende Parteien sind ihnen lästig und schädlich. In einer Polemik gegen Sinowjew hat Zapotockij jüngst geflagt: „Die kommunistische Internationale kann und darf nicht die Charaktere brechen.“ Die Moskauer Päpste werden sich dadurch nicht abhalten lassen, die Charaktere der ihnen Leibeigenen auch weiterhin zu brechen. Wie nur ihre Befehle gelten dürfen, dafür ein Beispiel: Die K. P. C. hat sich auf ihrem letzten Parteitag ein nationales Programm gegeben. Ob es gut oder schlecht, richtig oder unrichtig war, kommt hier nicht in Frage, es entsprang jedenfalls dem Willen der auf dem Parteitag versammelt gewesenen Vertreter der Partei, wurde von ihnen bisher nicht widerrufen und müßte daher bis heute in Geltung sein. Doch was schert sich Moskau um die Willensmeinung der von den kommunistischen Arbeitern gewählten Vertrauensmänner in seinen einzelnen Sektionen! Es will in der in vielen Staaten ungelösten nationalen Frage ein Sprengmittel zur Erfüllung seiner Eroberungspläne erkannt haben und hat daher dem fünften Weltkongress ein dem Programm der K. P. C. ganz entgegenstehendes und für alle Länder mechanisch-gleichartiges nationales Programm aufgegeben. Die K. P. C. hat nun zwei und zwar grundverschiedene nationale Programme. Eines, das ihr von Moskau aufoktroyiert ist und eines, das vom Parteitag der K. P. C. beschlossen wurde, das aber nach Sinowjews Willen nichts gilt und in den

Berhärfung des englischen Wahlkampfes.

Berlammungsförungen durch britische „Faschisten“. — Eine vernünftige liberale Stimme.

London, 22. Oktober. (E. V.) Der Wahlkampf wird mit einer bisher in England nicht erlebten Festigkeit geführt. In den Wählerversammlungen wurden den Kandidaten zwar schon von Beginn der Wahlkampagne an Schwierigkeiten bereitet, doch konnten sich die Redner immer noch Gehör verschaffen. Gestern sind nun zum erstenmal in der britischen Geschichte Parlamentskandidaten in einer Wählerversammlung durch die Opposition am Sprechen gehindert worden. Zwei liberale Redner, darunter Sir Alfred Mond, der wegen einer Verfehlung ohnehin schon Schwierigkeiten hatte, mußten ihre Wahlreden gestern vorzeitig abbrechen, weil aus den Kreisen der Anhänger der Arbeiterpartei eine stürmische Opposition laut wurde. Vorher waren in einer Reihe von Versammlungen der Arbeiterpartei von organisierten Trupps, die sich englische „Faschisten“ nennen, systematische Kadavonzerte aufgeführt worden.

In bürgerlichen Kreisen hat ein offener Brief des ehemaligen Einpeitschers der Liberalen, namens Scott, an den liberalen Führer Asquith großes Aufsehen erregt. Scott fordert von Asquith die Ausgabe einer Parole an die Liberalen

Wähler, in allen Wahlkreisen, wo sich ein konservativer und ein Arbeiterkandidat gegenüberstehen, unter allen Umständen den Arbeiterkandidaten zu wählen.

„Das Volk ist mit uns“.

Eine Botschaft Macdonalds.

London, 22. Oktober. (A. R.) Ramsay Macdonald hat an alle Kandidaten der Labourparty eine Botschaft gerichtet, in der es u. a. heißt:

„Obwohl wir mit einer solchen Opposition der Presse und mit Wahlkoalitionen in den Wahlbezirken zu kämpfen haben, macht unsere Sache riesige Fortschritte. Das Volk ist mit uns und nichts kann unseren Vormarsch aufhalten. Ich wünsche Euch die größten Erfolge in Eurem Kampf für den Frieden in Europa und die sozialen Reformen im Innern.“

In seinem eigenen Wahlbezirk Aberavon in Südwales hat der Premierminister einen starken Gegenkandidaten, den die Liberalen und Konservativen unterstützen werden. Der Premierminister hat fast alle hervorragenden Mitglieder seiner Partei mobilisiert und sie haben alle bereits seinen Wahlkreis besucht.

24 Mitglieder der Geheimorganisation „Consul“ vor Gericht.

Ausschluß der Öffentlichkeit.

Leipzig, 22. Oktober. (Eigenbericht.) Heute morgen begann vor dem hiesigen Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik der seit langem erwartete Prozeß gegen 24 Mitglieder der Geheimorganisation „Consul“. Die Anklageschrift umfaßt 150 Seiten. Die Angeklagten sind fast ausnahmslos ehemalige Offiziere, welche nach ihrer Entlassung sich im kaufmännischen Berufe betätigten. Als erster Angeklagter wird der Kapitänleutnant Hoffmann

vernommen, einer der Gründer der Organisation „Consul“. Er gibt eine kurze Schilderung des Werdeganges der Organisation bis zum Kapp-Putsch, an dem er ebenfalls beteiligt war. Er bestreitet jedoch, daß die nach der Auflösung der Brigade Ehrhardt gegründeten Vereinigungen, welche für die Unterbringung ihrer Mitglieder zu sorgen hatten, zugleich eine geheime Fortsetzung der Ehrhardtbrigade sein sollten. Auf seine Bitte wird die Öffentlichkeit aus geschlossen, als die Vorgänge in Oberschlesien und die Haltung der Organisation während der dortigen Aufstände erörtert werden. Man rechnet damit, daß der Prozeß noch weitere drei Tage in Anspruch nehmen wird.

Achtung geworfen werden soll, obwohl es der Gesamtheit des Willens der Erwählten der Partei seinen Ursprung verdankt. Und da nun Sinowjew befürchtet, der auf gewisse nationale Neigungen der tschechischen kommunistischen Arbeiter feindselig hinwirkende Smeral werde sich in der Praxis doch mehr an das nationale Programm der K. P. C. halten als an das Moskauer Programm, so mißtraut er ihm und hat seine Reute gegen ihn losgelassen, die ihm das Leben nun recht sauer macht.

Das Mißtrauen Sinowjews entbehrt wahrhaftig nicht der Berechtigung. Vor uns liegt die schon einmal zitierte Madnoer Einerseits-Andersseits-Rede Smerals. Er bekennt darin, die der K. P. C. vom fünften Kongress erteilte Rüge, sie habe nicht genügend energisch die Unterdrückungspolitik der tschechischen Bourgeoisie und der Koalitionsregierung gegen die nationalen Minderheiten gebrandmarkt, sei berechtigt gewesen. Das ist das Einerseits. Zu dem Andersseits fühlt sich Smeral durch die schon auf der zweiten Weltkonferenz aufgestellte und jetzt in ein nationales Programm gekleidete These gedrängt, derzufolge die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der nationalen Minderheiten bis zu den äußersten Konsequenzen eine der ersten Pflichten der tschechischen kommunistischen Arbeiter ist. Seit dem zweiten Weltkongress bis zum heutigen Tage ist diese „eine der ersten Pflichten“ auf dem Papier gestanden. Und jetzt polemisiert Smeral gegen die Resolution des fünften Kongresses, welche die Anwendung dieser These fordert, wie folgt:

„Nun haben wir vor uns die komplizierte und verantwortliche Aufgabe, die allgemeine Sprache des zweiten Kongresses auf die speziellen Verhältnisse in jedem einzelnen

Staat anzuwenden und die richtige konkrete Linie der einzelnen Sektionen zu bestimmen. Das ist keine leichte Sache und besonders müssen wir uns von Verlockungen freihalten, mechanisch richtige Lösungen in einem Lande auf einen anderen Staat zu übertragen. Wir müssen die konkreten Verhältnisse und spezifischen Bedingungen beachten, unter denen die kommunistischen Sektionen in verschiedenen Ländern arbeiten. Mitteleuropa gehört zu dem Staatenkomplex, wo die nationalen Massen sehr empfindlich auf die nationale Frage reagieren und deshalb ist es begreiflich, daß wir jedes Wort genauer wägen müssen, das wir den Thesen über die nationale Frage einfügen. Nach dem Kriege ist die nationale Empfindlichkeit in den mitteleuropäischen Staaten vielleicht noch größer als vor dem Kriege und das zwingt uns dazu, in unserem Vorgehen sehr vorsichtig zu sein.

Auf dem Kongress werden wir auch mit der nationalen Frage dieses Staates befaßt und konkrete Parolen suchen, die sich die Partei in der gegebenen Situation aufstellt. Die allgemeine Linie der kommunistischen Partei in der nationalen Frage ist durch die Thesen Lenins vom zweiten Kongress bestimmt. Nun handelt es sich darum, was wir in der nationalen Frage auszusprechen für nötig halten in der jetzigen historischen Situation. Das, was wir unter den gegebenen Verhältnissen den tschechischen, deutschen, slowakischen und ukrainischen Arbeitern sagen, hängt von der konkreten Situation ab.“

Der schlaue Fuchs macht so viel Vorbehalte, daß von der nationalen Resolution des fünften Kongresses nichts mehr übrig bleibt. Von jedem andern als vom kom-

munistischen Standpunkt ist es völlig richtig, bei der Aufstellung eines Aktionsprogramms könne es keine „mechanisch richtigen Lösungen“, für alle Länder gleichartig, geben, und es müsse auf die „konkreten Bedingungen und spezifischen Bedingungen“ Rücksicht nehmen. Interessant ist nur, daß dies ein Kommunist sagt und daß weiters derselbe Kommunist eine solche zarte Rücksichtnahme auf die „nationale Empfindlichkeit“ der Massen nimmt, daß er sich gezwungen sieht, zu empfehlen, „sehr vorsichtig zu sein“. Die tschechisch-bürgerliche Presse hat schon aus der Rede Smerals herausgehört, daß sie eine Kundgebung gegen die Moskauer Resolution ist, durch die sie anfangs stark in Aufregung versetzt wurde, weil die Tendenz dieser Resolution sich angeblich gegen den Bestand der Tschechoslowakischen Republik richtet. Smeral hat somit die aufgeregten Gemüter der tschechischen Nationalisten bereits beruhigt. Der tschechische nationale Imperialismus hat von Smeral nichts zu fürchten.

Der Kampf um Smeral, der Kampf für und gegen die von Moskau geforderte Bolschewisierung ist auf der ganzen Linie entbrannt und wird den bevorstehenden Parteitag der K. P. C. beherrschen. Die Sinowjew-Kreaturen mobilisieren und fordern schon jetzt als Siegesbeute Smerals Kopf. Daneben gibt es andere, die Smeral wohl auf seinem Posten lassen, aber ihn „umzingeln“ wollen. Smeral sei, so sagen sie, kein Führer im Leninischen Sinne des Wortes, aber einen solchen habe die kommunistische Bewegung in diesem Lande noch nicht hervorgebracht, darum müsse man eben mit Smeral vorliebnehmen. Was ihm zum Vorwurf gemacht werden könne, sei, daß er ein Cunctator ist, was so viel bedeutet wie Zauderer (Cunctator: Beinamen des vorsichtigen römischen Diktators Quintus Fabius Maximus), überhaupt ein schlaues Hinhalter, der langsam, aber sicher auf sein Ziel losgeht und die Zeit für sich arbeiten läßt. Das sei arg, ärger aber sei, daß sich um ihn ein Kreis von Epigonen gebildet habe, die seine diplomatischen Methoden nachzuahmen suchen, ohne seine Fähigkeiten und Charaktereigenschaften zu besitzen. Diese Epigonen Smerals müßten aus der Exekutive entfernt werden, dann sei Smeral „umzingelt“ und sein Opportunismus nicht mehr gefährlich. Der Gruppe um Neurath dagegen ist dies zu wenig. Sie verlangt den Opfertod Smerals um jeden Preis und Neurath hat im „Vorwärts“ schon erklärt, bei der Wahl des Vorkommischausschusses müsse von dem Grundsatz ausgegangen werden, daß nur solche Kandidaten in Betracht kommen können, die sich in den entscheidenden, grundsätzlichen Fragen der Komintern mit beiden Füßen auf den Boden des fünften Weltkongresses stellen.

Welche der Richtungen auf dem Parteitag der K. P. C. siegen wird, ob die Smerals oder Neuraths, läßt sich unschwer voraussagen. Neurath wird es nicht sein! Eine Vorprobe hat vor einigen Tagen die Brünner Kreisversammlung der kommunistischen Partei geliefert. Dort blieb die linke Richtung unter Burians Führung in der Minorität und Burian selbst wurde in die Kreisleitung, weil er sich gegen Smeral ausgesprochen, nicht wiedergewählt. Der allgewaltige Sinowjew darf schon jetzt mit einer verlorenen Schlacht rechnen. Fraglich ist nur, was Moskau weiter zu tun gedenkt, um seine Forderung nach Bolschewisierung der K. P. C. durchzusetzen. Es wäre falsch, wollte man den Kampf, der in der K. P. C. ausgebrochen ist, nur als eine hässliche Angelegenheit der Partei ansehen. Was sich da abspielt, ist die Auflehnung gegen das für jede Partei mit Eigenleben immer unerträglich werdende Diktat der Moskauer Parteipäpste, die keine selbständige Regierung ihrer Sektionen dulden wollen. Es ist aber auch ein Zeichen, daß in der kommunistischen Partei der Wurm frisst, der ihren Lebensner noch eher zertreffen wird, als man ahnt!

207/271: 207 172

Von der zweiten Wahlenbewegung.

Von unserem Londoner Korrespondenten.

Nun, da die Wahlen kommen, ist es wiederum Zeit, sich zu erinnern, was Engländer für ein Wahlrecht hat. Dieses Wahlrecht hat im Jahre 1922 der Arbeiterpartei mit 4,24 Millionen Stimmen 143 Mandate im Jahre 1923 mit 4,34 Millionen Stimmen 192 Mandate gegeben. Dieses Wahlrecht hat bei den vorletzten Wahlen den Konservativen mit 38 Prozent der Stimmen 56 Prozent der Mandate, den Liberalen mit 29,5 Prozent der Stimmen 19 Prozent der Mandate gebracht. Dieses Wahlrecht ermöglichte es, daß im letzten Parlament 213 Abgeordnete, also mehr als ein Drittel des Hauses ihr Mandat einer Minderheit der Wähler ihres Wahlkreises verdanken, indem sie wohl die relative, nicht aber die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hatten.

Diesem Wahlrecht zufolge fest sich in England Wahlkampf und Wahlergebnis aus zwei sehr deutlich unterscheidbaren Faktoren zusammen: Das eine ist die Wahlmathematik, die Wahlmechanik, oder wenn man will, das Wahlgeld — eine Angelegenheit der Zahlen, die sich vielfach dadurch „korrigieren“ lassen, daß in einem Wahlkreis, je nachdem, zwei oder drei Parteien kandidieren. Das andere ist der geistige Faktor: die Wahlargumente.

Kandidaten und Koalitionen.

Der eine, mathematische Faktor der Wahlpolitik ist mit dem heutigen Tag eine in ihren Wirkungen zwar noch unbekannt, aber endgültig bestimmte Größe geworden: heute hat die Kommitierung der Kandidaten stattgefunden, nach der es keinen Rücktritt von der Kandidatur mehr gibt. Bei den vorigen Wahlen waren es 338 Konservativen, 127 Kandidaten der Arbeiterpartei und 157 Liberale. Neuer ist die Anzahl der Konservativen nahezu gleich geblieben (333), die Arbeiterpartei hat ihre um rund achtzig erhöht (307), wovon die Anzahl der Liberalen um mehr als hundert (auf 340) gesunken ist. Darin zeigt sich, außer dem Zuwachswerden der Liberalen auch eine Tendenz, die Anzahl der sogenannten „dreieckigen“ Kampfe zu verringern: tatsächlich werden es statt der 265 des vorigen Jahres heuer nur 230 sein. So setzt sich der vielbesprochene Bloß der beiden bürgerlichen Parteien nur sehr langsam durch: wie alles in England nicht auf Grund einer zentralen, das ganze Land umfassenden Vereinbarung, sondern aus der lokalen Selbständigkeit der einzelnen Wahlkreise heraus — nicht eine Koalition, sondern hundert lokale Koalitionen. Nicht ein Komplott, nicht ein plötzlicher politischer Umschlag, sondern eine allmählich von unten aufwachsende Tatsache, die sich kaum ihrer selbst recht bewußt werden wird, ehe sie einmal ein großes geschichtliches Ereignis sein wird: die Einigung der englischen Bourgeoisie gegen die englische Arbeiterklasse.

So schreibt langsam die historische Entwicklung über die „historischen“ Parteien hinweg. Wir haben gesehen, daß im Vorjahr 265 Dreiparteienkämpfe zu 213 Minoritätswahlkreisen führten (und zwar 94 Konservativen, 71 der Arbeiterpartei und 48 Liberalen). In dem Maße, in dem sich das Zweiparteiensystem wiederherstellt, auf das das englische Wahlrecht zugeschnitten ist, wird diese Besonderlichkeit wieder verschwinden. Damit ist freilich eine Wohlthat gegeben, die wir bereits erndeten: daß unter Umständen bereits diesmal die Arbeiterpartei vier Stimmen gewinnen kann, aber Mandate verliert.

Agitation und Argument.

In den Grenzen dieser mathematischen Möglichkeiten der Kandidaturen und Mandate aber geht das psychologische Ringen um die Stimmen, die Seelen: die Agitation. Auch sie ist in England mehr als anderswo dezentralisiert, in den einzelnen Wahlkreisen verlegt, auf die Persönlichkeit des einzelnen Kandidaten und seine Propaganda von Haus zu Haus, von Person zu Person gestellt: dieses canvassing wie es der Engländer nennt — der sehr bildhafte Vergleich stammt vom Stiden, wenn die Habel ein Kreuzchen neben das andere setzt —, dieser persönliche Kontakt des Wahlwerbers mit seinen Wählern ist mit aller feiner Tendenz zum Lokalspartikularismus sicher einer der Vorzüge des englischen Wahlsystems. So tritt neben der offiziellen Wahlaufkündigung der Partei das spezielle Wahlprogramm jedes einzelnen Kandidaten. Alle technischen Mittel der Massenwirkung — die große Presse, der Lautsprecher, das Radio, am wenigsten das Plakat — sind in den Dienst der Agitation gestellt; aber in ihr entscheidet immer wieder das Von-Tür-zu-Tür-Werbende, die einzelne Persönlichkeit, die einzelne Rede und in dieser wieder das einzelne Argument.

Der Engländer hat eine Vorliebe für das Argumentieren. To have arguments, Argumente miteinander haben — nennt er das Diskutieren, den Meinungsaustausch überhaupt. Er ist kein Freund mühsamer Gedankenführung, kunstvoll und langwierig aufgebauten Reden und Sätze; nicht die langzweifelnde, sondern die kurzgeknüpfte Logik ist sein Maß. Die englische Rede und ein englischer Satz fallen kurz sein und die einzelnen Argumente, die points (Punkte) sein sauberlich nebeneinander enthalten; eine Verbindung zwischen ihnen ist weiter notwendig. So ist das Geheimnis der englischen Wahlpropaganda nicht, wer das großzügigere Programm, die höhere politische Konzeption, sondern wer die populäreren Persönlichkeiten, die besseren Redner und vor allem die besser treffenden points hat.

Siegeszuversicht der deutschen Sozialdemokratie.

Parteiberatungen. — Einhellige Billigung der bisherigen Parteipolitik

Berlin, 22. Oktober. (Eigenbericht.) Heute haben die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und die Mitglieder des Parteiaussschusses eine Konferenz im Reichstage ab. Die Sitzung begann mit der Siegeszuversicht der Partei, der Schlagkraft der sozialdemokratischen Organisationen und der Begeisterung der Massen des werktätigen Volks.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Genossen Wolf erbat Herr Genosse Hermann Müller den Bericht über die gestrigen Regierungsverhandlungen. Der Sozialdemokratie sei es zu verdanken, daß der Versuch mißglückt sei, die Regierung einseitig nach rechts zu erweitern und den Bloß der Kapitalisten gegen das deutsche Volk einzurichten. Auch der Wahlkampf habe das Ziel, diesen Bürgerbloß zu verhindern, den außer den Demokraten alle bürgerlichen Parteien erreichen wollen. Die deutsche Politik dürfe nicht mehr unter die Führung der Progressivisten für die Republik und der Monarchisten sowie der Junker und Großkapitalisten geraten. Es gelte zunächst

die Republik zu sichern und die Befreiung Europas herbeizuführen die durch die Außenpolitik der Sozialdemokratie eingeleitet worden ist. Im Mittelpunkt dieses Kampfes steht der soziale Kampf aller Schwachen, für den die Sozialdemokratie sich mit allen Kräften einsetzen wird.

Nach kurzer Aussprache billigte der Parteiaussschuß einhellig die Haltung des Vorstandes. Der Parteivorstand wird einen Wahlaufkündigung in den nächsten Tagen veröffentlichen. Zum Schluß der Besprechung wurden noch einige organisatorische Fragen erörtert.

Sergt will abdanken?

Berlin, 22. Oktober. Die deutschnationale Fraktion des aufgelösten Reichstages beschäftigte sich in ihrer gestrigen letzten Sitzung in vertraulicher Aussprache mit den Vorbereitungen zum Wahlkampf. Wie die „Deutsche Zeitung“ wissen will, deutete der Fraktionsvorsitzende und Parteiführer Sergt in der Sitzung an, daß er von seinem Führeramt Abschied nehme.

Die Räumung der Ruhr.

Dortmund, 22. Oktober. (Wolff.) Ein Eisenbahnzug mit Truppen der hiesigen französischen Garnison hat heute früh Dortmund verlassen.

Die Bureaus der Eisenbahnbeförderung in Dortmund sind jetzt von Regimentskassen und von französischem Militär frei. Die Bahnhöfe Limburg und Eschhofen sind von der Regie an die Reichsbahnverwaltung zurückgegeben worden. Die Besatzung der Stadt Limburg wird morgen abziehen; aus Eschhofen sind die französischen Posten schon abgezogen.

Duisburg, 22. Oktober. (Wolff.) Die Hauptkammer in Duisburg und Ruhrort, das Zollamt in Hamborn sowie sämtliche Zollabfertigungsstellen im Dortmund und Ruhr-

ort sind der deutschen Verwaltung übergeben worden.

Elberfeld, 22. Oktober. (Wolff.) Heute wurde das Gebiet von Bohnwinkel, Remscheid, Wipperfurth, Ränderoth, sowie die Gebietsstreifen nordöstlich und östlich der Grenze des Brückenkopfes Köln geräumt. Aus Remscheid zogen die Truppen in der früh ab. Die Truppen führen mit der Bahn aus Bohnwinkel nach Koblenz. Es blieben noch einige französische Eisenbahner zurück, die auch im Laufe des Tages abziehen werden.

Mainz, 22. Oktober. (Havas.) Gestern haben die belgischen Truppen die Rheinbänke Emmerich und Wesel geräumt.

Vertagung der Stupschina.

Belgrad, 22. Oktober. Die für heute angekündigte Sitzung der Stupschina wurde nach vorübergehender Tagungsordnung bis zur Ernennung der neuen Regierung und bis zur Eröffnung der Stupschina durch eine königliche Proklamation vertagt. Hierdurch wird Zeit zu Verhandlungen zwischen der Krone, dem Regierungsbloß und den serbischen Radikalen gewonnen. Anlässlich der gestern aufgetauchten Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch der Radikalen wurden in der vergangenen Nacht besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen; die Nacht verlief jedoch ohne jeden Zwischenfall. Es gilt als

zweifellos, daß die Krise doch mit der Bildung eines radikalen Wahlkabinetts Pasik-Bibicvic gelöst werden wird.

Eine englische Flottendemonstration wegen der Mosulfrage.

Rom, 21. Oktober. Wie die „Tribuna“ meldet, ist die fünfte englische Kreuzergeschwader, die sieben Einheiten umfaßt, von Malta nach Vereinigung mit der übrigen englischen Flotte, gestern früh nach Vortzaid gefahren, um sich nach dem Persischen Meerbusen zu begeben. Nach Meldungen aus Konstantinopel beabsichtigt England eine Flottendemonstration gegen Angora wegen der Mosulfrage.

Die Wahlaufkündigung.

Die offiziellen Wahlmanifeste der drei großen Parteien haben diesbezüglich nichts Bemerkenswertes gebracht. Das der Labour Party stellte bereits gierig die Erfolge der Regierung in der Außenpolitik oben, zählte ihre Leistungen in der Innenpolitik auf: Wohnungsbau, Ermäßigung der Verbrauchssteuern, Schulförderung, Agrarpolitik, dann die Pläne für die nähere Zukunft: Bergeschließung der Bergwerke und Eisenbahnen, Ausbau des Mieterschutzes, Reform der Armenfürsorge, gesetzliche Bekämpfung der Trunksucht, und endschlechlich mit dem Bekenntnis zu einem „schrittweisen und vorfristig“ zu erreichenden Sozialismus. Stärker im Ton ist der Aufruf des Gewerkschaftsbundes, der das Bündnis der Gegner begrüßt, weil man nunmehr keine Zeit mehr darauf zu verschwenden brauche, „den Arbeitern zu beweisen, daß Liberalismus und Konservatismus nur zwei Abteilungen derselben Einrichtungsart sind, die dazu dient, die Privilegien der Reichen zu erhalten und die Not der Armen zu verewigen“. Der Aufruf fordert die Arbeiter auf, eine „stärkere Mannschaft“ ins Parlament zu schicken und schließlich mit dem hübschen Wert die kommende Entscheidung sei keine gewöhnliche Wahl, die Verteidigung der ersten Arbeiterregierung sei eine „konstitutionelle Rebellion“. Derselbe Gedanke kehrt in dem Aufruf der J. L. P. (Unabhängigen Arbeiterpartei) wieder; vor einem Jahr haben die Wähler dem Zustand ein Ende gemacht, daß Politik „das Privatvergnügen des reichen Mannes“ sei. Jetzt gelte es, eine Regierung zu verteidigen, die vor allem bewiesen habe, daß sie regieren kann: „Hände weg von der Regierung des Volkes!“ Darüber hinaus aber steht der Aufruf weitere Ziele: „Eine Jivifikation, die durch die Wunder der Wissenschaft Kontinente in Stunden verbinden kann, vertue gert der Mehrheit ihrer Bürger das Recht, die Nahrung und Kleidung zu erzeugen deren sie und ihre Mitbürger bedürfen. Ein Kind ist im Winkel geboren, zum Glanz seiner Eltern verdammt; das andere Kind ist geboren, um Reichthümer zu erben. Keines der Kinder kann sein Schicksal wählen; aber wir Wähler können die Ordnung ändern, die dieses Schicksal zuläßt.“

Was die Bürgerlichen sagen.

Diesen Ausblicken, die zur Menschlichkeit und so ganz von selbst zum Sozialismus weisen, sehen die Bürgerlichen weit enger. Keiner aber bei der Mentalität des englischen Wählers vielleicht gerade darum wirksamere Argumente entgegen.

England braucht eine „solide“ Regierung, sagen die Konservativen: das kann nur eine konservative Mehrheit herbeiführen sein. Sie zitieren Zahlen über den Arbeitslosenstand, um zu beweisen, daß die Arbeiterregierung in dieser größten Frage „nichts gemacht“ habe; in der Tat ist die Arbeitslosigkeit nach anfänglichem starken Sinken in der letzten Zeit wieder etwas gewachsen. Sie erzählen, daß diese verruchten „Internationalisten“ der Labour Party, die jedem Lande helfen, nur nicht dem eigenen, den Stolz der Nation, die britische Flotte, dem Völkerbund gratis angeliefert hätten; daß sie England an die Bolschewiken preisgeben und ihnen als Draufgabe noch eine Millionenanleihe schenken wollen — in den Spalten der konservativen Presse marschieren in der Tat die blutrünstigsten Bolschewikemärchen wieder auf und sie erzählt ihren stonenden Lesern brüthwarm die ältesten Reuigkeiten: zum Beispiel, daß Sinowjew ein „Jud“ ist. Vor allem aber wird natürlich der Regierung vorgeworfen, daß sie einer Untersuchung ihres Verhaltens in der Angelegenheit des kommunistischen Redakteurs (sien ausgewidene sei und daß sie überhaupt unter dem Diktat der „radikalen Elemente“ stehe. Die Bürgerlichen belächeln das so darzustellen, als ob zwei oder drei rote Gentlemen, die, weil sie nicht Minister wurden, „wilde Männer“ geworden sind und die sich in ihren eigenen Wahlkreisen vollkommen sicher fühlen, die Regierung in diese Wahlen gezwungen haben. Man lächelt über diese Dummkheiten; aber hinter ihrer gefälligen Vergewerung erscheinen dem, der tiefer blickt, die wirklichen Probleme, mit denen sich die erste englische Arbeiterregierung in ihrer ersten Rechtfertigung vor den Wählern heranzusetzen hat: die notwendige Schwächung der Minoritätsregierung, die Schwierigkeit, innerhalb des Kapitalismus die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die großen Fragen der internationalen Politik im West und Ost, die Probleme der Demokratie innerhalb der englischen Partei.

Personen und Presse.

Dem man darf nicht übersehen, daß zum ersten Mal in ihrer Geschichte die englische Arbeiterpartei in der Rolle der Regierungspartei ist, die sich zu verteidigen hat, indes die anderen angreifen. Der Verteidigung stehen außer ihren sachlichen Leistungen auch starke persönliche Kräfte zur Verfügung: Macdonalds Popularität, Thomas' politischer Wuttwitz, Whatelys proletarische Geradheit und Energie, Sidney Webbs, Philipp Snowden und Charles Trevelyan's Ansehen — und hinter ihnen die

vieltausendköpfige Schar der Nichtberühmten, der Unbekannten, der Begeisterten. Auf der Gegenseite haben die Konservativen in Baldwin einen Führer, der durch und durch ansäändiges Mittelmaß ist und seine Stellung weniger durch Größe als durch Ruhe ausfüllt; die Liberalen in Asquith und Lloyd George immer noch die beiden besten Redner des Landes, von denen insbesondere der letztere jedem anderen Politiker Englands etwas in der lächelnden Sicherheit vorausgehen kann, mit der er ein Auditorium beherrscht. Ihnen zur Seite aber steht eine gewaltige Macht: die bürgerliche Presse, die ihre Reden vertausendfacht, nein, als ein vielmillionenfaches Echo wiederträgt. Es ist sehr interessant, wie es bei denjenigen bürgerlichen Zeitungen, die in normalen Zeiten so etwas wie verpflanzte Vornehmheit zur Schau tragen, mit dem Tage der Wahlaufkündigung die Masse fallen gelassen haben: die sonst so hochsoliden „Times“ haben stark den Ton gewechselt, die gewöhnliche Hefepresse ist geradezu „kontinental“ rüd geworden, der eigenbrötterische „Observer“ verkündet plötzlich, was er früher verdammt hat und selbst der „Manchester Guardian“, der zur äußersten Linken neigte, hat sich schließlich besonnen, daß er am Ende doch ein liberales Blatt ist — freilich erst nach einem Stoßseufzer, warum denn, statt zusammenzugehen, die Labour Party die Liberalen angreife. Es ist richtig: die Labour Party führt ihre Verteidigung durch den Angriff. Und die Liberalen liegen auf der Linie des geringeren Widerstandes.

Wahlen und Wetten.

So geht's den Wahlen entgegen. Wo ein Kampf ist, da ist in England die Wette und auch die Lotterie ist nicht weit. Bei den Preisausschreiben der großen Zeitungen kann derjenige Einsender, der das richtige Wahlergebnis errät, eine Lebensrente von drei bis fünf Pfund wöchentlich gewinnen; der Gewinner wird ebendort abgeblendet, interviewt und — wie es bei den letzten Wahlen geschah — nicht nur er, sondern auch der Zeitungsverkäufer, bei dem der Glücklichste abonniert ist und der Austräger, der ihm das Glücksbillet bringt. Eines der größten Warenhäuser Londons hat jeden zwanzigsten Wähler um seine Meinung über den Wahlausgang befragt und riesige Tabellen zeigen wie beim Totalisator stündlich den wechselnden Stand der „Odds“ an: so eine Wahl ist doch das höchste Wettrennen. Dieser echt englische, sportliche Zug im Wahlkampf eröffnet neue und dem Ausländer ungewohnte Beziehungen zwischen Zahl und Argument. Nur sollen die Wähler entscheiden, wer die Werten und wer die Wahl gewinnt.

Inland.

Kommunistisch-bürgerliche Demagogie.

Bürgerliche Blätter, sich stützend auf eine verlogene Darstellung der kommunistischen Presse, verbreitet die Nachricht, daß in der letzten Sitzung der Krumauer Gemeindevertretung die sozialdemokratischen Gemeindevertreter für eine Kürzung der Bezüge der Gemeindeangestellten gestimmt hätten. Kommunistische wie bürgerliche Blätter knüpfen an diese Darstellung die rüdesten Beschimpfungen der sozialdemokratischen Partei. Es ist darum notwendig, daß dieser gemeinsamen kommunistisch-bürgerlichen Verleumdung die Wahrheit entgegengestellt werde, die sicherlich dazu dienen wird, das demagogische Verhalten der Kommunisten und die strupellose Hegelei der Deutschbürgerlichen zu beleuchten. Der Sachverhalt ist nämlich folgender: Durch die Obstruktion der Kommunisten in Krumauer Stadvertretung — zu einer Zeit, da der von der Bezirksverwaltungscommission ausgearbeitete Voranschlag bereits dem Landesaussschuß in Prag zur Genehmigung vorlag — beantragten die Kommunisten, daß der Voranschlag, der unter anderem eine Reduzierung der Beamtengehälter vorsieht, vom Landesaussschuß zurückverlangt und von der Stadtvertretung neuerdings durchberaten werde. Die Durchsührung dieses Vorschlages war aber nach dem Gesetz unmöglich, da sich die Stadtvertretung bereits des Rechtes begeben hatte, über den Voranschlag selber zu entscheiden und deswegen enthielten sich unsere Genossen in der Krumauer Stadvertretung der Stimme bei der Abstimmung über diesen rein demagogischen Antrag der Kommunisten, die es durch ihre Obstruktion verschuldet hatten, daß der Voranschlag der Bezirksverwaltung überantwortet werde. Dadurch hatten sie es den Deutschnationalen, die schon lange auf eine Reduzierung der Beamtengehälter sinnten, leicht gemacht, ihren Willen durch die Bezirksverwaltungscommission durchsetzen zu lassen, ohne für den Gehaltsabbau die Verantwortung tragen zu müssen. Wenn also die Bezüge der Angestellten gekürzt werden, so tragen daran Deutschnationale und Kommunisten zu gleichen Teilen die Schuld. Diese Gemeinschaftlichkeit wird nun darüber hinaus fortgesetzt, indem Deutschnationale wie Kommunisten in ihrer Presse die gemeinsame Schuld von sich auf die Sozialdemokraten abwälzen suchen und aus deren Stimmhaltung die Behauptung ableiten, sie, die Sozialdemokraten, trügen die Schuld an der Reduzierung der Gehälter! Eine würdige Koalition, deren Verhalten wohl manches zur Aufklärung der Arbeiter beitragen wird.

Rundgebungen des Deutschen Lehrerbundes.

Zur Teuerung. — Gegen die konfessionelle Schule.

Die in Prag abgehaltene Vertreter-Versammlung des Deutschen Lehrerbundes im tschechoslowakischen Staate hat einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

Abgeordnetenhaus und Senat haben dem Dezembergesetz nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß der von der Regierung angekündigte Preisabbau auch tatsächlich eintreten werde. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt, vielmehr ist eine neue Teuerungswelle über die Bevölkerung herein gebrochen. Unter diesem Umstande machten sich die Parteien des Dezembergesetzes um so fühlbarer; trotzdem sind Regierung und Parlament seither wiederholt über die dringende Forderung der Staatsangehörigen und Lehrerschaft hinweggegangen. Der Deutsche Lehrerbund im tschechoslowakischen Staate erhebt schärfsten Einspruch gegen die ganz unwürdige Behandlung der Beamtenfrage. Er verlangt von der Regierung, daß der Aufwärtsbewegung der Teuerung mit allen Mitteln Einhalt getan und daß das seit 1922 so stark verschärfte Mißverhältnis zwischen Teuerungszulage und Dienstlohnemmen zunächst durch sofortige Erhöhung der Teuerungszulage auf das vor dem 1. April 1923 bestandene Ausmaß gemildert werde. Gegen eine etwa geplante Auflassung oder auch nur einen Abbau der sozialen Zulagen wird auf das entschiedenste Verwahrung eingelegt, da eine solche Maßnahme nicht nur eine drückende Härte, sondern auch eine schwere soziale Ungerechtigkeit bedeuten würde. Unbedingt erforderlich ist eine sofortige Stabilisierung der Beamten- und Lehrerbezüge durch eine entsprechende Erhöhung der Grundgehälter und Ortszulagen. Endlich beharrt der Deutsche Lehrerbund mit aller Entschiedenheit auf der schon oft erhobenen Forderung nach vollständiger Gleichstellung der Bezüge der Ruheständler.

Der Deutsche Lehrerbund besteht nach wie vor auf der sofortigen Beseitigung aller Schädlichkeiten, welche den einzelnen Standesgruppen der Lehrer durch das Gesetz vom 13. Juli 1922, Nr. 251, zugefügt wurden.

Schließlich macht der Deutsche Lehrerbund auf das namenlose Elend der sogenannten Substituten aufmerksam, welche immer nur für die Zeit des unumgänglich notwendigen Bedarfs angestellt und entlohnt werden, während der übrigen Zeit des Jahres aber ohne jedes Dienstlohnemmen der bittersten Not preisgegeben sind. Nachdrücklich wird gefordert, daß diese entwürdigende Einrichtung des pädagogischen Tagelöhnerturns beseitigt und die zur Aufrechterhaltung des Unterrichtsbetriebes erforderliche Anzahl von Lehrkräften ordnungsmäßig provisorisch angestellt und nach Ablauf des einjährigen Anfangsdienstes definitiv ernannt werde.

Die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrerbundes wendet sich im Namen der 14.000 Mitglieder und im Vollbewußtsein der Verantwortung mit aller Entschiedenheit gegen die von den Vertretern der katholischen Kirche wiederholt erhobene Forderung nach der konfessionellen Schule. Die konfessionelle Schule würde unser ohnehin schwer geschädigtes Schulwesen gänzlich zerrütten. Dem deutschen Volke und seiner Jugend aller Bekenntnisse die einheitliche deutsche Volksschule!

Sitzung des Landesverwaltungs-ausschusses.

Die Bestechungsaffäre.

Der Landesverwaltungs-ausschuß befah sich in seiner gestrigen Sitzung auch mit der Bestechungsaffäre im Elektrizitätswesen. In Konsequenz der Affäre wird die Vertretung des Landesverwaltungs-ausschusses in den Elektrizierungsverbänden reorganisiert werden, in die bisher vom Land Beamte-Jugendvereine delegiert worden sind. Diese sollen nun aus allen Verbänden abberufen werden und an ihre Stelle werden Mitglieder des Landesverwaltungs-ausschusses, von denen ohnehin drei in den Verbänden sitzen, das Land Böhmen vertreten. Ein Vorschlag in dieser Richtung wurde in der Sitzung einstimmig genehmigt, obwohl ursprünglich der Einwand erhoben wurde, daß die Verwaltungsausschussmitglieder durch die neue Funktion noch mehr belastet würden.

Das Budgetbesitz.

In der gestrigen Sitzung des Landesverwaltungs-ausschusses wurde beschlossen, der Regierung ein Memorandum in Angelegenheit des Landesvoranschlages zu überreichen. Der Landesausschuß strebt an, daß die Regierung auch fernerhin dem Lande die Zuteilung ausbezahle, die ihm bisher gewährt worden ist.

Hierzu bemerkt „N. F. R.“: Der Standpunkt der Regierung dieser Forderung gegenüber wird aber wohl kaum geändert werden, da die Regierung darauf hinweist, daß der Landesverwaltungs-ausschuß in diesem Jahre mit den ihm zur Verfügung stehenden Reserven sein Auslangen finden wird, wie es auch im vorigen Jahre der Fall war. Eine weit ungünstigere Situation steht allerdings dem Landesverwaltungs-ausschuß im nächsten Jahre bevor, da er gar keine Reserven haben wird.

Die Lage der Militärgagisten.

Gestern fand in Prag eine Enquete über die Lage der Militärgagisten statt, die von dem Verband der tschechoslowakischen Offiziere und von

dem Verband der Rottmeister einberufen worden war. Außer zahlreichen Militärgagisten hatten sich Vertreter der Regierung und des Parlamentes eingefunden. Die mit zahlreichen statistischen Material belegten Referate ergaben das selbe traurige Bild wie bei den Zivilstaatsbeamten. Besonders auf die Härten des berichtigten Dezembergesetzes wurde immer wieder hingewiesen. Besonders bemerkenswert war der Bericht des Generals des Sanitätsdienstes Dr. Fischer, daß die Erkrankungen an Tuberkulose im tschechoslowakischen Heere in den Jahren 1921 bis 1923 im Vergleich zur alten österreichischen Armee um volle 100 Prozent gewachsen sind. Besonders bei den Offizieren ist die Sterblichkeit an dieser Krankheit groß, da sie aus Angst, superaddiziert zu werden, meist sich nicht krank machen wollen. Auch die unerquicklichen Wohnungsverhältnisse famen zur Sprache. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche verschiedene Verbesserungen finanzieller und sozialer Art fordert.

Niederlage der kommunistischen Linken in Brünn. In der mährischen Hauptstadt, die die extremen Kommunisten immer als den Sieg und die Burg der radikalen Opposition betrachtet haben, haben die Linken eine schwere Niederlage erlitten. Bei der mährischen Kreisversammlung wurde in den neuen Kreisauschuß Burian, an dessen Wahl dem linken Flügel am meisten lag, nicht mehr gewählt. Zum Kreissekretär wurde anstatt Dr. Čečers, ein linken Redakteur der „Novosti“, Chabera gewählt, ein Smeralanhänger, zu seinem Stellvertreter ebenfalls ein Smeralist. Die angenommene Resolution entspricht zwar den Wünschen Moskaus, sie hatte aber in ihrem ursprünglichen Text eine Schlusssatzung, die den Delegierten zum künftigen Kongreß der K. P. C. auferlegte, in linkem Sinne zu stimmen. Dieser Abfat wurde nach einer heftigen Polemik Japotochys gestrichen, sodas die Resolution ihren Sinn verlor. Außerdem nahm die Konferenz einen Antrag an, durch den die bisherige linke Schreibweise der „Novosti“ verurteilt und dem neuen Kreisauschuß die Möglichkeit geboten ist, die Redakteure des Blattes zu wechseln. Die Opposition in der kommunistischen Partei ist über die Niederlage in Brünn völlig konsterniert. Im „Rude Právo“ greift ein gewisser Michalec Japotoch und Vancl heftig an, weil diese den Sieg Smerals vorbereitet hätten. Nach der Brünnener Kreisversammlung kann wohl nicht mehr daran gezweifelt werden, daß der Richtungsstreit in der kommunistischen Partei mit der Niederlage der radikalen Opposition enden wird.

Stranšly jun. resigniert! Montag hielt der Exekutivausschuß der nationaldemokratischen Partei des Brünnener Gaues eine Sitzung ab, in welcher Dr. Jaroslav Stranšly mitteilte, daß er auf die Stelle des Vorsitzenden resignierte; er erklärte, daß er in der Partei verbleibe und keine neue Partei zu gründen beabsichtige, obwohl er von seinen politischen Freunden und aus den Reihen der Parteiangehörigen hierzu aufgefordert wurde. Die Gründung einer neuen politischen Partei wäre seiner Meinung nach allzu verantwortungsvoll. Dr. Stranšlys Resignation wurde nach langer Debatte zur Kenntnis genommen und ihm Dank und Vertrauen ausgesprochen. Gleichzeitig resignierte auch der Kaufsekretär Slesinger. Die Resignationen sind wohl als Erfolg der Stranšly-Richtung innerhalb der Nationaldemokratie über deren fortschrittlichen Brünnener Flügel zu buchen. Allerdings bleibt es fraglich, wie lange Dr. Stranšly, dem ja die „Lidové Noviny“ zur Verfügung stehen, in der in seiner Rede angelegentlich abwartenden Stellung verharren wird.

Das Budget um eineinhalb Milliarden gekürzt. Die Finanzkommission der koalitierten Parteien hat beim Budget noch einige Abkürzungen in den sachlichen Ausgaben durchgeführt, so daß das Gesamtbudget um eineinhalb Milliarden weniger an Ausgaben ausweist als das Budget für 1924. Trotz dieser Ersparnisse ist aber das beantragte Budget passiv. Bekanntlich sollte das Budget um zwei Milliarden gekürzt werden.

Das Budget Prag. Laut „Károvní Listy“ ist im Budget der Hauptstadt Prag für das Jahr 1925 das Gleichgewicht hergestellt. Der Bedarf beträgt sich in runder Ziffer auf 400 Millionen Kronen und wird durch Zuschläge und Abgaben gedeckt, sowie durch die Zuwendung aus den staatlichen Steuern gedeckt. Seitens aller Parteien wurde der Grundsatz festgehalten, daß es unmöglich sei, die Zuschläge und Abgaben zu erhöhen. Nach Ueberprüfung durch die Budget- und Finanzkommission dürfte das Budget am 31. Oktober dem Stadtrat vorgelegt werden. Die definitive Durchberatung des Budgets in der Zentralverwaltungs-kommission dürfte zu Beginn des Monats Dezember erfolgen. Gleichzeitig wird an der Fertigstellung des Schulbudgets, des Budgets der elektrischen Unternehmungen und der Wasserwerke gearbeitet.

Ein neues Musterrechtsgesetz. Der Entwurf des neuen Musterrechtsgesetzes wurde den zuständigen Korporationen zur Begutachtung übermittle. Sein Inhalt ist sehr wichtig, da der Entwurf die Bestimmungen des alten Gesetzes vom Jahre 1850 im wesentlichen ergänzt und ändert. Das Musterrechtverfahren soll nach diesem Entwurf beim Patentamt konzentriert werden, wodurch die Registratur bei den Handelskammern entfällt. Das vorbereitete Gesetz unterscheidet zwei Musterarten: Kup- und Schminnmuster. Bei den Kupmustern wird ein dem Patentverfahren ähnliches Verfahren in Geltung treten. Durch das neue Gesetz, das etwa gegen Ende des ersten Halbjahres 1926 durchgeführt wird, werden namentlich die Muster in Mitleidenschaft gezogen werden, die bei ihrer Einführung eine andere bereits eingeführte Musterung mit undeutlichen Änderungen verwenden. In Wirtschaftskreisen wird die dringende Notwendigkeit eines neuen Musterrechtsgesetzes anerkannt, da die bisherigen Bestimmungen absolut nicht genügen. Eine Änderung des Musterrechtsgesetzes wurde bereits im alten Oesterreich vorbereitet, ein diesbezüglicher Entwurf ward schon vor 25 Jahren ausgearbeitet, aber er gelangte nicht zur Erledigung.

deutlichen Änderungen verwenden. In Wirtschaftskreisen wird die dringende Notwendigkeit eines neuen Musterrechtsgesetzes anerkannt, da die bisherigen Bestimmungen absolut nicht genügen. Eine Änderung des Musterrechtsgesetzes wurde bereits im alten Oesterreich vorbereitet, ein diesbezüglicher Entwurf ward schon vor 25 Jahren ausgearbeitet, aber er gelangte nicht zur Erledigung.

Strefemann.



Zeit Jahren war in Deutschland Herr Strefemann immer da, wenn es irgendeine Krise gab. Seit er es zum Reichskanzler gebracht hatte, warteten aller Augen täglich auf ihn. Er war so eigentlich der Typus des neuen Deutschland: das bestreite deutsche Bürgertum auf der Bühne der Weltgeschichte. Nicht nur die Distanz von Wilhelm zu Ebert symbolisiert so den Wandel der Zeiten wie die von Bismarck zu Strefemann. Als der Umsturz der „demokratischen“ Politiker des kaiserlichen Deutschland übernahm, wählte Strefemann zunächst nicht, wo er sich engagieren sollte. War es opportun, in republikanischen Artikeln zu arbeiten, oder würden die Chancen nicht für Monarchisten liegen? Einige Zeit reiste Strefemann wie ein Commis voyageur durch Deutschland und bot seine politischen Weisheiten zum Tagespreis an. Er hatte alles auf Lager. Er wäre auch in einer Räterepublik nicht verlegen geworden: Einen Augenblick Geduld, ich werde die Sachen in Rot gleich besorgen! Die Zeit hatte ihren Mann gefunden und was mehr ist, der Mann fand seinen Geldgeber. Sinnes suchte einen Mann, der eine Partei gründen konnte, Strefemann suchte einen Mann, der Geld zur Gründung einer Partei gab. Alles andere brachte er mit: Gefinnung, Programm (nach Wahl), Rednergabe (Berliner Ausschmüßensformel oder Obedition), Ideen (nach älteren Modellen überarbeitet) und Schlagworte in großer Fülle. So schuf Strefemann die deutsche Volkspartei, nicht Fisch noch Fleisch, nicht schwarzrot-gold und nicht saffertreu, Partei des deutschen Volkes von Sinnes Gnaden. Als der Stapp-Putsch mißlungen war, legte man sich nach links aus. Fühlungnahme in der Richtung der Regierungsbänke begann. Und man freute sich der Demokratie, weil in ihr die Ministerfessel beinahe billiger waren als vordem. Man machte die Politik der Juxter, aber man war froh, ihnen jetzt um einige Pferdelaugen voraus zu sein. Erpicht will Kanzler werden? Bitte, aber nach mir! „Man“ (Strefe—man—) wurde zum Ausdruck jener öffentlichen Meinung, die immer eine Meinung sein will ohne eine Gefinnung zu haben, die fünf Jahre nach dem 9. November noch nicht wußte, ob sie eigentlich die Republik befämpfe oder schütze, sich aber darüber klar war, daß man die Republik ausbeuten müsse. Darin bestand der Republikanismus der Strefemannier, daß sie zur Erkenntnis kamen, sie könnten doch das selbe wie Wilhelm II. Mit der großmütigen Pose des Berliner Weißbierbrennereis erledigte man die Verfassungsfrage. Machen wir selbst, wir brauchen keinen Kaiser! Im sicheren Gefühl, genau so bald sein zu können wie das Ancien regime, entschied man sich dafür, auf dem Boden der Republik zu „arbeiten“. Zeit einem Jahr ist Strefemann der große Mann. W. I. R. mit Stumpfhaue, englischem Schnurrbart und Schminnschnehen: statt Hofwagen Mercedes-gelbe, statt silbernem Karos ein eigenes Minister-gelbe. Er machte alles: Erfüllungspolitik und deutschnationalen Kurs, Bürgerblock, Volksgemeinschaft, Rechtsregierung, Volksblock, Kriegsschuld- und Wälderbund, Verfassungsfeier und Stahlhelmrummel. Die politische Impotenz der deutschen Bourgeoisie hat in Strefemann Symbol und Repräsentanz gefunden. Er ist ohne Zweifel der Mann der Stunde, solange diesem Bürgertum nicht die letzte Stunde seiner politischen Hochstapeleien schlägt. Sein Charakterbild schwankt nicht in der Geschichte, denn jeder weiß, daß sein Charakter schwankend ist. Welche Wahl wird dessen Stiefsohnmann hervorbringen? Wie weiß man, ob er noch oder schon wieder oben ist. Er steht immer auf dem Schauplatz der Tatsachen und wird die Tatsache seines Sturzes noch zum politischen Geschäft machen. Er ist der Münchhausen der Tat, der sich am Hopfe aus dem Dreck zieht. Er ist unauferrothbar, solange es Millionen Deutscher gibt, die nicht denken können. Eine Generation wird aufstehen müssen, damit man ihn den Ast absägt, auf dem er sich wiegt.

Ausland.

Wahlerfolg der französischen Linken. Eine am Sonntag in dem Pariser Stadtviertel Porte St. Martin abgehaltene Erziehungswahl zum Stadtrat hat dem Starckel der Linken einen neuen starken Erfolg gebracht. Die drei dem Starckel angehörenden Kandidaten haben 2300 Stimmen auf sich zu vereinen gemacht gegen 1700, die dem Nationalen Mod zugefallen sind, während am 11. Mai die nationalistische Liste etwa 3000 Stimmen aufzuweisen hatte. Auch die Stimmen der Kommunisten sind ungewöhnlich stark zurückgegangen. Von den 1360 Stimmen, die die Liste Cachin am 11. Mai erhalten hatte, sind nur noch 588 geblieben. Für die am nächsten Sonntag stattfindende Stichwahl gilt die Wahl des sozialistischen Kandidaten, zu dessen Gunsten die Mitbewerber der Radikalen und der republikanisch-sozialistischen Liste zurückgetreten sind, für gesichert.

Tschitscherin drückt den englischen Arbeitern seine Sympathie aus. Im Zentralvolkskongress der Sowjetrepublik hielt Tschitscherin das Schlüsselwort zu seinem Expose über die internationale Lage. Er erklärte, er stimme der Anregung, die Ratifikation des englisch-russischen Vertrages abzulehnen, nicht zu. Die Sowjetregierung beauftragt zwar einstweilen die Ratifikation nicht und wartet den Abschluß der Regierungskreise in England ab. Tschitscherin erklärte weiter, die gemeinsamen Bestrebungen nach besseren Beziehungen nicht bloß zwischen Rußland und England, sondern auch zwischen Rußland und der übrigen Welt verknüpfen Rußland mit der Arbeiterklasse in England. Rußland müsse ihr sagen, daß es sie in dem Kampfe für den allgemeinen Frieden unterstützen werde. — Was sagen dazu unsere Moskauer?

Türkisch-griechische Spannung. Infolge von Gewalttaten türkischer Behörden bei der Durchführung der Klausel des Lausanner Friedensvertrages über den Austausch der Bevölkerung ist nach griechischen Meldungen eine ernste Lage entstanden. Biewohl lediglich die internationale Kommission zur Durchführung dieser Bestimmungen berechtigt ist, beachten die türkischen Behörden sie überhaupt nicht und verhaften in brutaler Weise ganze Massen der griechischen Bevölkerung, um sie mit Gewalt über die Grenze zu bringen. Mehr als 3500 Personen befinden sich in klaglichen Verhältnissen im Konzentrationslager Satali. Die Intervention der internationalen Kommission ist erfolglos und die Türken haben gerade in den letzten Tagen neue Verhaftungen vorgenommen. In dieser unerträglichen Lage zieht Griechenland in Erwägung, ob es nicht an den Schutz des Völkertums appellieren soll.

Tages-Neuigkeiten.

Skavenhandel.

Vor zweihundert Jahren war es in deutschen Landen Sitte, daß die Landesväter ihre Untertanen, wenn sie selbst keine Verwendung für sie als Kanonensfutter hatten, an fremde Fürsten veräußerten. Tausende deutscher Bauernsöhne wurden von den gütigen Fürsten um schweres Geld nach Frankreich, England und Amerika verschifft. Daß diese Zeiten ein für allemal vorüber sein sollen, möchte man nicht glauben, wenn man folgende „Bestellung“ liest, die der „Union der deutschen Textilarbeiter“ vom Landeszentralarbeitsamt zuging:

„Das Ministerium für soziale Fürsorge erhielt eine Anfrage betreffend eine Bestellung der französischen Arbeitgeber auf 1000 Textilarbeiter. Diese Bestellung soll aus drei Teilen Weibern und einem Viertel Männern bestehen.“

Weiter heißt es in der Zuschrift, daß das Arbeitsamt den Auftrag erhalten habe, diese Frage mit den Vertretern der Industrie und der Gewerkschaften zu besprechen und dem Ministerium für soziale Fürsorge Bericht zu erstatten, ob und unter welchen Bedingungen Textilarbeiter für französische Betriebe gewonnen werden könnten.

Wenn es schon in Frankreich noch immer üblich sein sollte, daß man tausend Textilarbeiter, drei Viertel Weibern, ein Viertel Männern, bestellt, so sollte sich doch unser Ministerium für soziale Fürsorge (woher der Name?) einer anderen Ausdrucksweise befleißigen. Oder meint der Herr Minister, man müsse so reden in einem Lande, auf dessen Eisenbahnwagen noch immer die Gleichung prangt: 40 Mann = 6 Pferde und 4 Mann.

Infolge Plahmangel verspätet. Der mittwöchige Reichsberger „Vorwärts“ schießt eine Notiz aus Freudenthal, die eine einzige Schimpferei gegen die Sozialdemokraten darstellt, mit folgendem Appell:

„Darum, Arbeiter, laßt euch nicht länger von solchen Führern an der Nase herumführen, entschließt euch zum Kampf und tretet ein in die wirklich internationale Kampffront, damit wir unserm Endziel näher kommen. (Infolge Plahmangel verspätet.)“

Wir glauben, daß neben dem Plahmangel noch ganz andere kommunistische Mängel daran schuld sind, wenn die Arbeiter ihrem Endziel verspätet näherkommen.

Der Diktator als Kulturbringer

Primo de Rivera in einem Interview: „In den passivsten Zonen an der Küste werden die Einwohnere alle Ertränkungskampfen der Zivilisation erhalten“

(Sonderausgabe vom 22. Oktober.)



„Sag, Bruder, ist das der Stern von Bethlehem?“ (Nach einem alten Bilde im „Zimpl.“)

Schamlose Ausbeutung jugendlicher Arbeiterinnen. Unser Städtischer Parteiblatte meldet: Eine geradezu ungeheuerliche Misshandlung des geschlechtlichen Achtundzigtages hat sich die Firma Zeiler u. Comp., Spinnerei in Eger, seit einigen Monaten zuzuschreiben kommen lassen. Jugendliche Arbeiterinnen von 14 Jahren aufwärts werden in diesem Betrieb von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends beschäftigt so daß die Pausen abgerechnet, eine tägliche Arbeitszeit von zehn bis halb Stunden zusammenkommt. In einer Sitzung des Bezirksgerichtes in Eger wurde zu der Angelegenheit Stellung genommen und der Beschluß gefaßt eine Deputation von mehreren Vertrauensleuten zu der politischen Behörde zu entsenden, um die Abstellung dieses Skandals zu verlangen. Dies ist am vergangenen Freitag geschehen, und der Chef der politischen Bezirksverwaltung hat den Arbeitervertretern erklärt, daß er sofort die notwendigen Erhebungen einleiten und daß er auch mit dem Gewerbeinspektor eine Fühlungnahme herstellen wird. Es ist daher anzunehmen, daß dem himmelstreichenden Zustand in der Fabrik der Firma Zeiler u. Comp. baldigst ein Ende bereitet wird. Es ist natürlich kein Wunder, wenn die jungen Menschen infolge der langen Arbeitszeit in ihrer körperlichen Entwicklung sehr behindert werden und für die in Eger infolge der mangelhaften Wohnungsverhältnisse besonders häufig auftretende Tuberkulose empfänglich und widerstandsunfähig gemacht werden. Die Arbeiterschaft wird auf den Betrieb Zeiler u. Comp. ein besonderes Augenmerk haben, um die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu überwachen. Für den vorliegenden Fall oder auch eine exemplarische Strafe für den Unternehmer, der seine gegenwärtig in Deutschland angewendeten Methoden von Arbeitsausbeutung auch nach Eger verpflanzt hat, gefordert werden.

Mishandlung der deutschen Sprache. Bei den Prüfungen deutscher Beamter aus der tschechischen Sprache werden bekanntlich Anforderungen gestellt, die über das Maß des Amtsgebrauches der tschechischen Sprache hinausgehen. Nichtbestehen dieser Sprachprüfung ist die häufige Folge. Wie aber tschechische Beamte die deutsche Sprache im Umfange des Amtsgebrauches beherrschen und wie es ihnen bei einer Prüfung aus der deutschen Sprache ergehen würde, davon gibt folgende uns im Original vorliegende Zusage für den politischen Bezirksverwaltung Tschau, Zahl 45.069 vom 14. Oktober 1924 an alle künftige Zeugnis:

„An Alle Ärzte! Gemäß des Erlasses des Ministeriums für das Gesundheitswesen vom 25. 9. 1924 Z. 4098 hat die Sanitätssektion der Böhmischen Landeshauptstadt Prag am 14. Oktober 1924 den Austausch des Sanitätspersonals veranstaltet. An diesem Austausch können auch z. B. Augenärzte, Architekten und a. teilnehmen. Der erste allgemeine Austausch wird wahrscheinlich im März 1925 stattfinden (für Amtsärzte), wird circa 6 Wochen dauern; dabei werden England, Belgien, Jugoslawien besucht. Bei der Studienreise der Amtsärzte und anderen Fachleute (besonders deren für Kinderfürsorge und Gewerbehygiene) werden wahrscheinlich Skandinavien, Rußland, Frankreich besucht. Nähere Bestimmungen die Erhebungen der Reisefosten und Diäten betreffend sind noch nicht bekannt. Ewre Wohlgebornen werden demnächst ersucht anher binnen 3 Tagen (bis 17. Oktober) mitteilen zu wollen, ob Sie an die Beteiligung bei diesen Studienreisen reflektieren. Auf die spätere eingehender Anmeldungen kann keine Rücksicht genommen werden. Bei den Anmeldungen ist anzugeben: 1.) Spezialfach 2.) Frühere Tätigkeit 3.)

Neuige Tätigkeit 4.) Für welchen Fach Sie sich interessieren 5.) Sprachkenntnis.“

Zum Glück ging dieses Schreiben an Adressierten, die sich wenigstens den Sinn zusammenreimen konnten. Was aber soll ein Anderer mit derartigen Zuschriften anfangen?

Bergarbeitertod. Aus Oßage wird berichtet: Samstag wurde am Bihl-Schacht der Bergmann Franz Vahm durch herabstürzende Kohle in einer Stredie verdrückt und konnte nur mehr als Leiche geborgen werden. Er hinterläßt eine Witwe mit drei unversorgten Kindern.

Fabrikbrand. In Reuttschein ist am Montag die Tuchfabrik der Firma B. Grahmann niedergebrannt. Der Schaden wird auf vier Millionen geschätzt und ist nur zum Teile durch Versicherung gedeckt. Es kamen dadurch 200 Arbeiter um ihre Beschäftigung; die Brandursache ist unbekannt.

Ein neuer Schwindel der Unternehmer ist die Abnahme der sogenannten Bürgerlegitimation von den bei ihnen beschäftigten Arbeitern. Wahrscheinlich wollen die Unternehmer jetzt, wo ihnen die Arbeitsbücher nicht mehr zur Brandmarkung der Arbeiter durch geheime Zeichen zur Verfügung stehen, die Bürgerlegitimationen dazu mißbrauchen. Die Anlage der verächtlichen „schwarzen Listen“ würde jeden Arbeiter, der einem Unternehmer nicht zu Gesicht steht, von jeder Arbeitsstätte fernhalten. Die Bürgerlegitimation wäre zum Strohbrief geworden. Hält daher ein Unternehmer die Bürgerlegitimationen seiner Arbeiter in Verwahrung, so ist dies verächtlich. Kein Arbeiter lasse sich dies bieten. Die Berechtigung der Arbeiter, ihre Bürgerlegitimation, die sie dem Unternehmer bei der Arbeitsinstellung zur Feststellung der Daten übergeben, zurückzufordern, hat die politische Bezirksverwaltung in Dux durch einen Kundeslah vom 20. September 1924, Zahl 47469, anerkannt. Diese Behörde erklärte:

„In einer Anfrage wegen Aufbewahrung der Bürgerlegitimationen von Seite der Arbeitgeber wird mitgeteilt, daß die Arbeitgeber nicht berechtigt sind, dieses Dokument in Verwahrung zu nehmen, sondern lediglich verpflichtet sind, diese Legitimation vom Arbeitnehmer zur Anlegung des vorgeschriebenen Arbeiterverzeichnisses zur Einsicht abzuverlangen und dann wieder auszuliefern.“

Jeder Arbeiter bestrehe daher auf seinem Recht und verlange seine Legitimation vom Unternehmer zurück. Niemand werde zum Handlanger der Scharfmacher und zum Schädiger seiner eigenen Interessen, sowie der seiner Arbeitskollegen!

Ziklas im Theater die Rolle des Hufschmiedes. „Pravda“ erklärt, Fronefel, es, wenn der Vertreter der liberalen Partei im Datschiner Gemeindevorstand zu Ehren Ziklas im Theater die Rolle des Hufschmiedes mit dem Kessel auf der Brust spielt. Was sagt man der hehe Klerus zu dieser Ironie?

An alle „Naturfreunde“-Esperantisten! Am 25. und 26. Oktober veranstalten die „Naturfreunde“-Esperantisten aus Dresden, Pirna, Halle, Plauen, Plauitz etc. in dem sogenannten Pulverhäuschen in Königsstein (Sächsischer Schweiz) eine ungezwungene Zusammenkunft, wobei über die Frage „Wie stellen wir das Esperanto fruchtbringend in den Dienst der „Naturfreunde“-Bewegung“ beraten wird. Da für die Arbeiter-Esperantisten das Esperanto keine Spielerei, sondern ein Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse ist, wäre es sehr wünschenswert, wenn auch recht viele Arbeiter-Esperantisten aus unserer Gegend sich an dieser Zusammenkunft beteiligen. Grenzübertrittscheine sind am Bahnhof in Bodenbach erhältlich. Alle Teilnehmer treffen sich Samstag, den 25. Oktober um 16 Uhr bei der sächsischen Fahrtkartenabgabe am Bahnhof in Bodenbach.

Vermittlung von Hausgehilfinnen. Obwohl bereits lange und besonders in der letzten Zeit eine Menge von Stellen für Hausgehilfinnen bei den öffentlichen Anstalten für Arbeitsvermittlung angemeldet ist, fragen viele Bewerberinnen bei verschiedenen Winkelvermittlern und Vermittlerinnen an und zahlen ziemlich hohe Beträge für die Besorgung von Stellen, welche sie bei den Bezirksanstalten für Arbeitsvermittlung vollkommen unentgeltlich erhalten können. Diese Anstalten bestehen in allen Bezirksstädten und sind jederzeit in der Lage den Bewerberinnen Stellen zu besorgen. Da alle Anstalten zusammenarbeiten, ist es auch möglich, durch jede Anstalt einen Posten auch in einer anderen entfernten Gegend zu erhalten. Nur durch die Anstalten in Nordböhmen werden im Jahre etwa 20.000 Hausgehilfinnen untergebracht, wodurch die Leistungsfähigkeit dieser Anstalten, deren Vermittlung vollkommen unentgeltlich für beide Teile erfolgt, am besten bewiesen wird. Es ist daher gar nicht notwendig, sich an Winkelvermittler und Winkelvermittlerinnen für die Besorgung einer Stelle bzw. für die Besorgung einer Hausgehilfin zu wenden. Jene Stellen, die bei diesen Vermittlern so wie die bei den konzeffionierten Vermittlern angemeldet sind, müssen im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen bei den öffentlichen unentgeltlichen Arbeitsvermittlungsanstalten (Bezirksanstalten) angemeldet werden, da die Nichtanmeldung von Stellen bei diesen Anstalten bestraft wird.

Der erste Schnee im Riesengebirge. Sonntag vormittag fiel im Riesengebirge bei der Wossfeterbande der erste Schnee in diesem Jahre, der auch liegen geblieben ist. Die Dächer der Hütten in der ganzen Umgebung sind bereits eine Woche gestäubt.

Auf der Flucht ertrunken. In Straußnitz bei Leipa wurde ein Diebstahl verübt. Die Polizei verfolgte den Täter; doch als dieser sich von allen

Seiten umzingelt sah, sprang er ins Wasser, wobei ihn der Tod ereilte. Die Dokumente, welche sich bei ihm voranden, lauteten auf den Namen Wenzel Kudel, geb. 1897 in der Gemeinde Glina, Bezirk Zentil.

Gasexplosion in einem Prager Geschäft. Aus gestern der Handelsangestellte Josef Becka die Spielwarenhandlung Rudolf Paial in der Weinberger Palaststraße öffnen wollte, verspürte er starken Gasgeruch. Er forschte nach der Ursache und suchte dabei mit einem brennenden Zündhölzchen. Pöflich erfolgte eine Explosion, wodurch die Ausläßröhre und die Gasföhre in der Eingangstüre zertrümmert und die in der Auslage befindlichen Spielsachen mitten auf die Straße geschleudert wurden. Becka erlitt Brandwunden an den Händen und im Gesichte.

Ziehung der Klassenlotterie. Bei der gestern vorgenommenen Ziehung der vierten Klasse der ersten Klassenlotterie wurden die Grundzahlen 64 und 73 gezogen 192.000 K gewonnen: 201.673; 70.000 K gewonnen: 181.973; 50.000 K gewonnen: 154.873; je 10.000 K gewonnen: 11.864, 70.964, 72.073, 72.764, 140.264; je 5000 K gewonnen: 22.773, 37.894, 43.773, 80.834, 112.973, 113.164, 145.864, 148.273, 148.564, 200.973, 208.264, 213.064; je 2000 K gewonnen: 13.564, 16.664, 26.264, 30.673, 31.173, 32.673, 41.064, 42.273, 44.764, 44.773, 60.764, 65.873, 65.964, 68.173, 72.173, 72.973, 80.964, 90.573, 90.964, 95.564, 95.673, 100.764, 111.673, 116.273, 117.973, 121.673, 128.873, 129.473, 129.473, 142.964, 154.064, 155.733, 156.164, 160.473, 163.073, 165.973, 166.173, 166.864, 169.464, 171.964, 171.673, 183.373, 183.964, 188.064, 189.773, 192.864, 195.173, 198.964, 199.073, 208.464.

Ein Polizeikommissär mißbraucht Prostituierte. Von Gra z eregt eine Skandalaffäre der Polizeidirektion ungeheures Aufsehen. Ein Kriminalbezirksinspektor, der mit der Kontrolle der Prostituierten betraut ist, hatte vor einigen Tagen bei einer Amtshandlung von einer Prostituierten unangenehme Vorwürfe hören müssen. Und als dieser Beamte der Kriminalpolizei die Prostituierte zur Rede stellte, sagte sie ihm höhnisch, sie könne beweisen, daß im Amtslokale mit der Kontrolle der Prostituierten Mißbrauch getrieben werde, indem von den Prostituierten vom diensthabenden Polizeikommissär verlangt werde, daß sie in der Amtskanzlei ihren Körper hingeben. Als der Kriminalbeamte die Prostituierte darauf aufmerksam machte, daß sie diese Verächtigung werde verantworten müssen, entgegnete sie, daß der Polizeikommissär Dr. Hampf es sei, der von den Prostituierten allerlei unästhetische Handlungen in der Amtskanzlei verlange. Für ihre Behauptung könne sie eine große Zahl von Prostituierten als Zeugen angeben. Polizeikommissär Dr. Hampf, dem diese schwere Anschuldigung vorgehalten wurde, bestritt die Wahrheit dieser Behauptungen. Nun wurde die Prostituierte im Polizeiamt einvernommen. Sie blieb bei ihrer Behauptung und nannte eine große Anzahl von Zeugen. Es wurden etwa zwanzig Prostituierte einvernommen, die fast durchwegs die schweren Anschuldigungen bestätigten. Sie gaben an, daß sie den Aufforderungen des Polizeikommissärs Dr. Hampf deshalb Folge geleistet hätten, um mit seiner Polizeigewalt nicht in Konflikt zu kommen, denn ein Polizeikommissär habe allerlei Mittel in der Hand, um den Prostituierten zu schaden. Außer Polizeistrafen könne er auch Abschiebungen herbeiführen. Um das alles zu verhindern, hätten sie sich ihm ergeben und in einen geschlechtlichen Verkehr eingelassen. Der Polizeikommissär ist bereits suspendiert und in Disziplinaruntersuchung gezogen worden.

Bau eines amerikanischen Riesenzepplins. Wie aus New York gemeldet wird, wurde zum Vizepräsidenten der „Goodyear-Zepplin-Company“ der deutsche Kapitän Lehmann ernannt. Ferner wurden für die Gesellschaft Chefingenieur Kruste in und als Konstruktionszeichner, aus Friedrichshafen verpflichtet, die in 14 Tagen nach New York abreisen werden. Nach ihrer Ankunft wird der Bau eines doppelt so großen Zepplins wie der „Z. N. III“ für den Ozeanverkehr in Angriff genommen werden. Wenn die Werft in Friedrichshafen zerstört werden sollte, kommt auch Dr. Cäner, der am 15. November wiederum nach Deutschland zurückkehrt, nach Amerika und übernimmt die Leitung der „Goodyear-Zepplin-Company“.

Ferngüterverkehr mittels Lastkraftwagen in Deutschland. Dienstag fand in Berlin die Gründungsversammlung einer Studiengesellschaft für den Bau großer Ueberlandstraßen für den Kraftwagenverkehr statt. Es handelt sich, wie der Gründer, Professor der technischen Hochschule Briz, hervorhob, keineswegs um sportliche Rennvorstellungen, sondern um Straßen, die nach ihrer Fertigstellung einem großzügig angelegten Ferngüterverkehr mittels Lastkraftwagen dienen soll, also um einen wichtigen Faktor in der wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches. Der Vertreter des Reichsministeriums für die öffentlichen Arbeiten stellte der Studiengesellschaft weitgehende finanzielle Unterstützung aus der Staatskasse in Aussicht.

Die Ueberführung der Leiche Stenkiwicz. Der Zug mit den sterblichen Ueberresten Stenkiwicz fuhr Dienstag durch die Städte Lausanne, Freiburg, Bern und Zürich und trat gestern vormittags die Weiterreise über Oesterreich und die Tschechoslowakei nach Polen an. In allen genannten Städten wurden auf den Bahnhöfen Trauerfeierlichkeiten veranstaltet.

Schwerer Autounfall auf der Brennerstraße. Wie die Innsbrucker „Neueste Zeitung“ meldet, ist Dienstag früh auf der Bergstraße zwischen Gries und der Station Brenner ein Automobil infolge Unachtsamkeit des Lenkers über

eine Böschung hinabgeglendert worden, wobei zwei Personen schwer und zwei Personen leicht verletzt wurden.

Verhängnisvoller Erdrusch in Norwegen. Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, verschüttete in Gje rdrum bei Christiania ein Erdrusch drei Bauernhöfe, das Elektrizitätswerk und das Fernsprekamt. Zehn Personen wurden getötet. Der Erdrusch ist auf heftige Regengüsse zurückzuführen.

Im Zuge Morosformiert und beraubt. Auf der Strecke Mailand-Turin wurden drei Reisende von zwei Mitreisenden Morosformiert und beraubt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Die erste deutsche Tierärztin. In Leipzig hat Ruth Eber die Tochter des Professors an der Veterinär-Medizinischen Fakultät der Leipziger Universität, Heinrich August Eber, die tierärztliche Approbation erworben und ist damit die erste deutsche Tierärztin geworden.

Ein verwegener Fassadenkletterer und Einbrecher. Einen unerhört verwegenen Einbruch verübte ein Fassadenkletterer in Hamburg-Harvestehude. Er kletterte an der Außenwand einer Villa zwei Stock hoch, öffnete eine Luftflappe und stieg dort in die Wohnung ein. Im Schreibisch fand er einige Schlüssel, mit denen er Schränke, Kommoden und andere Behälter öffnete. Der Einbrecher war verwegener genug, bis in das Schlafzimmer zu dringen und auch dort zu arbeiten, wobei er so geschickt vorging, daß niemand erwachte. Seine Tätigkeit erstreckte sich auf die Räumlichkeiten des ersten und zweiten Stockwerkes. Der kühne Einbrecher entkam unbehelligt. Was er alles mitgenommen hat, steht noch nicht fest. Jedenfalls hat der Dieb vor allem wertvolle Schmuckfachen, darunter zwei Perlenhalbketten, Ringe und Brillantbrochen und 800 Mark baren Geldes mitgehen lassen.

Attentatsversuch gegen einen rumänischen Expresszug. Wie aus Bukarest gemeldet wird, konnte nur durch die Vorsicht eines Streckenwärters eine in ihrem Ausmaße unabsehbare Katastrophe vermieden werden. Der Expresszug Rishneu-Bukarest wurde in der Station Socola angehalten, weil von einem Streckenwärter die Wahrnehmung gemacht wurde, daß drei Individuen, die bei seinem Raufen die Flucht ergriffen, die Schienenloderereten und bereits ein Schienenstück entfernt hatten. Die angeleitete Untersuchung konnte noch nicht eräuern, ob als Täter eine Räuberbande in Frage kommt, die sich die Kopflosgkeit nach Gelingen des künftigen Verbrechens zunutze machen wollte.

Drei Jahre im ewigen Eis. Der dänische Schoner „Sofongen“, der zu Nachforschungen nach dem vermißten Nordlandsforscher Peter Freuchen ausgesparten war, ist mit dem Geiseln an Bord in Akerdeem angekommen. Freuchen hat Stockholm im Jahre 1920 verlassen, und man hat seit drei Jahren nichts mehr von ihm gehört. Er wurde auf der Insel Bylod, nördlich der Hudsons, gefunden. Der Forscher befand sich in Zustand völliger Erschöpfung. Seine Zähne waren erfroren, und seine Lebensmittel gingen zur Neige, während die Eskimos, die er bei sich hatte, ihn verlassen hatten. Man nimmt an, daß Freuchen krank war und sich infolgedessen dem Polizeidampfer, der alljährlich einmal an der Insel anlegt, nicht bemerkbar machen konnte.

Die Zahl der Indianer in Amerika. Das Innenministerium der Vereinigten Staaten veröffentlicht einen Bericht, wonach es in den Vereinigten Staaten noch 246.962 Indianer gibt, das heißt, um 2610 mehr als im letzten Jahre. Die meisten davon, nämlich 119.989, gibt es im Staate Oklahoma.

Der amerikanische Verbrecher mit Monofel. Aus New York wird gemeldet: Gerald Chapman, der vor drei Jahren mit sechs bewaffneten Männern auf einem der beschlechten Teile des Broadway in New York einen Postwagen überfallen und daraus Werte im Betrage von 200.000 Pfund geraubt hat, wurde beim Einbruch in eine Bank in New Britain ertrappt. Er schoß den Polizeibeamten nieder und entflo. Sein Komplize, der angab, der Chef einer Bekleidungsfirma zu sein, ein Mitglied einer der reichsten Familien von Springfield (Massachusetts), wurde verhaftet. Chapman ist eine der markantesten Figuren der amerikanischen Verbrechenswelt. Er war wegen eines anderen schweren Verbrechens schon zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, es gelang ihm aber, nach sechsmonatiger Haft zu entkommen. Nach einer abenteuerlichen Flucht wurde er einige Tage später in Georgia festgenommen; obwohl schwer verwundet, entkam er abermals aus dem Spital. Seither ist es nicht gelungen, seiner habhaft zu werden, trotzdem 200 Pfund auf seinen Kopf ausgelegt sind. Er scheint die letzten sechs Monate unter falschem Namen in einem erstklassigen Hotel in Springfield gelebt zu haben. Nachdem er nun bei dem letzten Raub der Polizeimann niedergeschossen hatte, ging er ruhig beim Hauptort vorbei und bemerkte zu den Aufsehenden: „Man hat da drinnen jemand erschossen“; er verschwand in einer Allee und überließ seinen Komplizen und das wartende Auto ihrem Schicksal. Chapman kleidet sich immer hochlegant und trägt ein Monofel.

Witterungsübersicht vom 22. Oktober: Dienstag nachmittags wurde in den tieferen Lagen 16 bis 16 Grad Celsius erreicht. Das Wetter hat sich im ganzen erheblich gebessert, außer in Nordostböhmen, wo durch die Einwirkung der tiefen Ostsee, reißend Schauer niedergingen. An Niederschlägen meldet: Trautmann fünf, Nachod ein Millimeter. Die irische Depression zeigt weder eine Weiterentwicklung noch eine Fortbewegung, so daß in unseren Gegenden ihr Einfluß kaum zur Geltung kommen dürfte. Wahrscheinliches Wetter heute: Keine erhebliche Aenderung.

Der Daskalowmord neuerdings vor Gericht.

Das Schwurgericht in Tabor delegiert.

Tabor, 22. Oktober. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute der neuerliche Prozeß gegen den Mörder des Prager bulgarischen Gesandten Daskalow, der sich fälschlich Atanas Nikolow nannte, jedoch Jordan M. Ciconkow heißt. Ciconkow ist angeklagt des Verbrechens des Mordmordes, der Übertretung gegen die körperliche Sicherheit und des Waffenpatents.

Bei der Prager Schwurgerichtsverhandlung wurde Nikolow, rekte Ciconkow, freigesprochen. Damals gab er an, er helfe Nikolow und habe den bulgarischen Gesandten in Prag Dr. Daskalow deshalb erschossen, weil in der Zeit, da dieser unter der Regierung Stamboljiski Minister des Innern war, viele Mazedonier ums Leben gekommen sind. Der Angeklagte erzählte auch, er sei über Auftrag der geheimen mazedonischen Revolutions-Organisation nach Prag gekommen, um Daskalow zu ermorden. Dies sei ihm am 26. August gelungen. Vor dem Prager Schwurgericht verteidigte sich Ciconkow damit, er habe nach reifem Entschlusse die Tat ausgeführt, hätte er diese unterlassen, so wäre er von der Organisation zum Tode verurteilt worden. Der Angeklagte hat auch ausführlich über die mazedonische Bewegung ausgeführt, die in Tabor Alexandrow ihren Führer hatte, der am 15. Mai 1923 in den Bergen den verammelten Mitgliedern das Todesurteil gegen vier ehemalige Minister Stamboljiskis, unter denen sich auch Daskalow befand, verlesen hatte.

Sofort nach dem feinerzeitigen Freispruch wurden Zweifel über die Identität des Angeklagten laut. Die Erneuerung des Strafverfahrens wurde am 19. November v. J. vom Landesgericht bewilligt. Als man dies dem Freigesprochenen mitteilte, erklärte er, Jordan Ciconkow zu heißen, verheiratet und Beamter der Ortskontrolle bei der Finanzdirektion in Stip zu sein. Er sei am 1. Juni 1922 geflohen, um der Affentierung zu entgehen. Diese Umstände erwiesen sich, so heißt es in der zweiten Anklageschrift, als wahrscheinlich; allerdings ließ sich nicht feststellen, ob der Angeklagte Mitglied der mazedonischen Revolutions-Organisation war und ob er tatsächlich durch Los zum Vollstrecker des Todesurteiles an Daskalow bestimmt worden war. Das Gericht hat allerdings einen Protest der Genfer mazedonischen Organisation erhalten, in welchem erklärt wird, daß der Angeklagte über kategorischen und unerbittlichen Befehl der Organisation gehandelt habe und sich diesem Befehle nicht entziehen konnte. Die Genfer Polizei teilte mit, daß ihr von einer mazedonischen Revolutions-Organisation in Genf nichts bekannt sei. Ciconkow hatte auch angegeben, die Waffe und Geld in Sofia von einem gewissen Michailow erhalten zu haben, der in der Kara Samuella-Gasse Nr. 8 wohnt. Die südafrikanische Gesandtschaft teilte mit, daß in diesem Hause sich das mazedonische terroristische Komitee befindet und daß dort entschieden werde, welche Person ermordet werden soll. Das Los sei auf Ciconkow gefallen. Die Anklageschrift führt ferner aus, daß die im Auslande wohnenden Zeugen nur bezeugen könnten, daß die genannte Organisation bestehe, deren Zweck es sei, Genfer zu bezeugen, aber keiner der Zeugen konnte bezeugen, daß der Angeklagte bestimmt worden war, Daskalow zu ermorden. Doch auch wenn dem so wäre, könnte der Angeklagte sich nicht auf einen unwiderstehlichen Zwang berufen, da er den Auftrag zum Mord am 15. Mai erhalten hatte, die Tat aber erst am 26. August geschah sei. Im übrigen könne einer privaten Organisation das Recht nicht zuerkannt werden, über unbekannte Personen zu richten und über sie Urteile zu verhängen und sich so in Hoheitsrechte zu mischen, die ausschließlich dem Staate gehören. Die Verteidigung des Angeklagten konnte höchstens dazu beitragen, die Tat zu motivieren. Schließlich bringt die Anklageschrift noch vor, daß der Angeklagte, obgleich er verheiratet ist, bei seinen Eltern lebte und wieder zu deren noch zu der Frau Unterhalt etwas beitragen wollte, wodurch es zu häuslichen Szenen kam, bei denen er einmal seinen Vater mit einem Messer und mit einer Gade bedrohte. Er wurde aus dem Hause gejagt und floh nach Bulgarien. Sein Schwiegervater gab an, Ciconkow sei vielfach deshalb geflohen, weil er vom Vater verjagt wurde.

Das hiesige Kreisgericht ist zur Durchführung dieses Prozesses delegiert worden. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Ein Todesurteil in Olmütz.

Die Blühe für die Mordtat eines abgewiesenen Freiers.

Olmütz, 22. Oktober. Der 41jährige Tagelöhner Johann Kollin aus Obermorschnitz hatte sich heute vor dem hiesigen Schwurgericht wegen Mordes zu verantworten. Kollin hatte am 12. Juli d. J. auf einem Fesde bei Obermorschnitz die 17jährige Franziska Kristyna, die sein Liebesweibchen abwich, mit einer Gade so schwer verletzt, daß sie am nächsten Tage im Prerauer Krankenhaus starb. Kollin diente bei der Kristyna, einem auffallend hübschen Mädchen, bei dem Bauer Kuzela. Das Mädchen unterhielt mit einem Aechter vom Nachbarn ein Liebesverhältnis und wies Kollin immer wieder ab. Kollin sagte daraufhin, wie er beim ersten Verhöre zugab, den Entschlus, das Mädchen zu ermorden. Er führe seine Tat am 12. Juli bei der Feldarbeit in bestialischer Weise aus. Trotz der Bitten des Mädchens säug er solange auf die Unglückliche los, bis sie kein Lebenszeichen von sich gab. Später suchte Kollin sein Ge-

ständnis abzuschwächen: er habe das Mädchen nicht erschlagen, sondern nur so zuriichten wollen, daß die Sache vor Gericht kommt, damit herauskäme, daß die Kristyna dem anderen Knecht zuliebe ihr Verhältnis zu ihm (Kollin) gelöst habe.

Die Geschworenen bejahten einstimmig die Schuldfrage auf vorläufigen Mord. Das Urteil lautete daher: Tod durch den Strang.

Der Angeklagte nahm das Urteil ruhig entgegen und erklärte dann, zu seinem Verteidiger gewandt: „Wie sie mich nicht für verrückt erklären, dann muß ich halt hängen.“

Sieben Jahre Kerker wegen Brandstiftung.

Uger, 22. Oktober. In dem Prozesse gegen Anton Wallinger, Kuchenschmiedehilfe in Tschobon, wegen Brandstiftung und dessen Vater Josef Wallinger, Landwirt in Tschobon, beantworteten die Geschworenen die Frage auf Brandlegung durch Anton Wallinger mit zwölf Stimmen „Ja“, die Frage auf Anstiftung durch Josef Wallinger mit zwölf Stimmen „Nein“. Das Gericht verurteilte hierauf Anton Wallinger zu sieben Jahren schweren Kerker mit einer Feste vierjährlich und sprach Josef Wallinger vom Verbrechen der Anstiftung zur Brandlegung frei.

Totschlag.

Troppan, 21. Oktober. Vor den Geschworenen stand gestern der 43jährige Lokomotivheizer Eduard Strella wegen Totschlages angeklagt, den er am 20. Mai d. J. in seinem Wohnhause an der Obsthändlerin Ostravsky begangen hat. Aus der Anklage geht folgendes hervor:

Am 20. Mai hörte die Hausfrau des Eduard Strella aus dem Keller einen Schrei. Da wenige Monate vorher der in demselben Hause wohnhafte Spenglergehilfe Schnürch in bestialischer Weise eine slowakische Spigenhändlerin ermordet hatte, der deshalb bereits zum Tode durch den Strang verurteilt wurde, ahnte sie nichts Gutes und sperrte sofort die Haustür ab. Als man nachschauen hielt, fand man die Frau Ostravsky bewußtlos im Keller am Boden liegen. Als Later wurde bald darauf der Angeklagte verhaftet, der auch der Tat geständig ist. Aus seiner Verantwortung geht hervor, daß er die Tat aus Verzweiflung und Furcht vor der Ostravsky begangen hat. Strella ist Vater von drei ehelichen und zwei unehelichen Kindern. Von den unehelichen Kindern hatte seine Frau keine Kenntnis. Für das zweite uneheliche Kind mußte er Alimente zahlen und war daher immer in Geldverlegenheit. Strella, der vor einigen Jahren mit der Ermordeten auch ein Liebesverhältnis hatte, wandte sich in seiner Geldverlegenheit immer an diese und zahlte auch pfändlich das geliehene Geld wieder zurück. Für die Gefälligkeit des Geldborgens mußte Strella der Ostravsky immer Kohle geben. Am 20. Mai kam die Ostravsky, als Strella gerade aus dem Dienste gekommen war, wieder zu ihm und bat um einen Kübel Kohle. Der Angeklagte sagte ihr diesen zu und meinte dabei, er habe auch eine Bitte. Als die Ostravsky von dem Anliegen hörte, schlug sie es ihm rundweg ab, worauf der Angeklagte sagte, dann gebe er ihr auch keine Kohle. Die Ostravsky drohte ihm nun, sie werde die Geschichte von den zwei unehelichen Kindern seiner Frau erzählen. Strella wollte die Auseinandersetzung seiner Frau ersparen, fügte sich und ging dann auf die Straße. Kurze Zeit darauf hörte er die Ostravsky in den Keller gehen, ging ihr nach und schlug in der Dunkelheit mit einem großen Stein auf sie ein.

Als er zur Besinnung kam, sagte er die Frau unter dem Arm und wollte sie in die Wohnung führen; sie brach aber bald zusammen. Strella wollte sich sodann auf dem Dachboden erhängen, konnte diese Absicht jedoch nicht ausführen, da ihm immer Leute in den Weg kamen.

Die Ostravsky wurde sofort in das Krankenhaus geführt, wo man eine schwere Gehirnerschütterung, Stichwunden im Gesicht und Schädelbruch konstatierte. Nach zwölf Tagen starb die Ostravsky, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben.

Die Sachverständigen erklärten, daß zwischen den Beiden vor der Tat ein Kampf stattgefunden haben müsse, in dessen Verlauf die Tat ausgeführt wurde. Von einer Verletzung durch Strella will der Angeklagte nichts wissen und gibt an, daß diese sich die Frau vielleicht beim Fall zugezogen habe.

Den Geschworenen wurden vom Gerichtshof sieben Hauptfragen zur Beantwortung vorgelegt, von denen zwei wegen unklarer Formulierung nicht beantwortet werden konnten. Es wurden sodann vom Gerichtshof neuerlich die Schuldfragen formuliert, die nach zweifelhafte Beratung erledigt wurden. Der Angeklagte Strella wurde vom Verbrechen des Totschlages freigesprochen, doch aber wegen schwerer Körperverletzung zu dreizehn Monaten schweren Kerkers unbedingt verurteilt. Außerdem muß der Angeklagte dem Gatten der ermordeten Ostravsky 1100 K. ersetzen; er erhielt auf Ersuchen einen 14tägigen Strafausschub. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß der Angeklagte nicht aus unehrenhaften Motiven gehandelt hat.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 22. Oktober.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1344.00/00	1350.00/00
1 Billion Mark . . .	8.02/25	8.22/25
100 belg. Franks . . .	163.60/00	164.00/00
100 schwed. Franks . . .	634.10/00	637.00/00
1 Pfund Sterling . . .	152.92/00	154.32/50
100 Lire . . .	147.75/00	147.50/00
1 Dollar . . .	33.05/00	34.25/00
100 franz. Franks . . .	177.87/50	179.37/50
100 Dinar . . .	49.00/00	49.50/00
10.000 ungar. Kronen . . .	4.21/00	4.71/00
10 poln. Klotz . . .	652.50/00	658.58/00
10.000 österr. Kronen . . .	4.71/00	4.91/00

Volkswirtschaft.

Nachtlänge zum Streit in der Porzellanindustrie.

Der große Kampf ist vorüber. Unsere Arbeiterchaft hat mit klarem Verständnis die Situation erfaßt und den zwischen Arbeitgeberverband der Porzellanindustrie und Keramarbeiterverband getroffenen Vereinbarungen zugestimmt. Soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen, hat sich die Wiederaufnahme der Arbeit bisher reibungslos vollzogen. Wer die betrieblichen Verhältnisse unserer Porzellanfabriken kennt, weiß, daß die Arbeitsaufnahme aller Arbeiter an einem Tage eine unmögliche Sache ist. Es gibt eine Anzahl Kategorien, deren Einstellung erst im Laufe der Woche oder gar erst am Anfang der nächsten Woche wird erfolgen können.

Wie bei allen großen Kämpfen, hat es auch bei uns nicht gefehlt, daß sich hier und da ein paar Streikbrecher in einzelnen Betrieben gefunden haben. So haben die Streikkomitees von Horn, Schladenwerth, Schlaggenwald, Grünlos, Teslnitz, Meredig mitgeteilt, daß sich einige Individuen gefunden haben, die nicht zu bewegen waren, mit der übrigen Arbeiterchaft Solidarität zu halten. Wir unterlassen es, die Namen dieser Leute öffentlich festzustellen. In den Orten kennt man sie und man wird ihnen die notwendige Beachtung schenken.

Ein Wort noch darüber, wie sich die Angestellten und Beamten während der Dauer des Streikes verhalten haben. Wie nicht anders zu erwarten, haben auch diesmal die Unternehmer versucht, ihre Angestellten zur Streikarbeit heranzuziehen. Wir können mit Genauigkeit konstatieren, daß in einer großen Anzahl von Betrieben sich die Angestellten grundsätzlich geweigert haben, solche Arbeit zu leisten. Das Sekretariat des Industrieangestelltenverbandes in Reichenberg hat sich in Wort und Schrift große Mühe genommen, seine Mitglieder nach dieser Richtung hin aufzuklären. Wenn trotzdem in ein paar Fabriken von Angestellten Streikarbeit geleistet wurde, waren es meist solche, welche dem obgenannten Verbands als Mitglieder nicht angehören. Eine ganz besonders traurige Rolle spielten die Angestellten bei der Firma Plezky in Jofes, Pohl in Teslnitz und besonders bei der Firma Theodor Pohl in Schajlar. Aus dieser traurigen Rolle ihrer Angestellten scheint auch die Firma ihre Kraft zu ziehen, mit der sie die Arbeiter niederringen will. Daß sich auch bei anderen Firmen einzelne Angestellte aus Furcht, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, zu solchen Arbeiten verleiten ließen, wollen wir nur nebenbei bemerken.

Diese Furcht war es auch, die einzelne Arbeiter verleitete hat, zum Streikbrecher zu werden, weil ihnen von Seiten der Unternehmer die Wohnung gekündigt wurde. Die Zahl dieser, die sich zu einer solchen Arbeit hergegeben haben, war im allgemeinen so klein und wenig, daß es sich gar nicht lohnt, darüber mehr zu sagen. Schade! haben sie nur sich selbst. Den Erfolg des Kampfes haben sie nicht im geringsten beeinträchtigen können.

Von den französischen Kollegen erhielt der Verband in letzter Stunde eine Zuschrift des Vorsitzenden der französischen Föderation der Keramarbeiter, Gen. Tilles, in welcher unseren im Kampfe stehenden Genossen die warmste Sympathie und Brüderlichkeit zum Ausdruck gebracht wird. Gleichzeitig wurde ein nautischer Beitrag als erste Hilfe in diesem Kampfe angewiesen. Diefelbe Brüderlichkeit zu beweisen, werden auch die Arbeiter dieses Landes nicht versäumen, wenn die Kameraden des Auslandes den Kampf um eine bessere Existenz führen werden.

Die Entscheidung bei den Glasarbeitern bis Donnerstag verschoben.

Samstag den 18. Oktober fand unter dem Vorsitz des Statthalterkreises Dr. Pöschl und des Ober-Gewerbeinspektors Dr. Wsma, zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und den Vertretern des nordböhmischen Industrieverbandes in Steinschönau „Meranitz“ eine Aussprache über die von der Arbeiterchaft geforderte Forderungslage statt.

Nachdem jedoch die amwesenden Vertreter des Industrieverbandes erklärten, zu Verhandlungen kein Mandat seines Verbandes zu haben, und nur zum Zwecke der nochmaligen Begründung der bereits schriftlich abgegebenen Ablehnung der gestellten Forderung gekommen sind, konnte eine Einigung dort noch nicht erfolgen. Die beiden Parteien kamen jedoch insofern überein, daß am Donnerstag eine neuerliche Hauptversammlung des Industrieverbandes stattfinden, um darüber Beschluß zu fassen, ob einer Forderungslage im Prinzip zugestimmt wird. Im bejahenden Falle haben Freitag den 24. Oktober die Verhandlungen über das Ausmaß derselben stattzufinden. Zum Zwecke der Entgegennahme der Ant-

wort über den prinzipiellen Standpunkt der Unternehmer finden Donnerstag den 23. Oktober, abends sechs Uhr, in Steinschönau, Behigs Gasthaus; in Saibda, in Kuls (Rauwolfs) Gasthaus, zwei allgemeine Glasarbeiterversammlungen statt.

Jeder Arbeiter und Arbeiterin unterstütze den Kampf für die eigenen Interessen, keiner fehle in diesen Versammlungen.

Die Ausfuhr im Jahre 1924.

Jänner bis September: 11.5 Milliarden.

Die gesamte Ausfuhr aus der Tschechoslowakischen Republik im Monate September 1924 betrug 883.022 Tonnen und 661.406 Stück Waren im Werte von 1.428.462.974 Ké.

Die gesamte Ausfuhr aus der Tschechoslowakischen Republik in der Periode Jänner bis September 1924 belief sich auf 9.069.261 Tonnen und 5.464.798 Stück Waren im Werte von 11.683.022.261 Ké.

Die hauptsächlichsten Ausfuhrländer waren dem Warenwerte nach die folgenden: Oesterreich 340.223.786 Ké = 23.81 Prozent, Deutschland 283.375.490 Ké = 19.85 Prozent, Ungarn 101.601.394 Ké = 7.11 Prozent, Großbritannien 99.506.486 Ké = 6.97 Prozent, S. D. S. 94.365.354 Ké = 6.61 Prozent, Rumänien 91.385.967 Ké = 6.39 Prozent, Vereinigte Staaten von Amerika 61.564.560 Ké = 4.31 Prozent, Polen 59.228.086 Ké = 4.15 Prozent, Italien 47.287.643 Ké = 3.32 Prozent, Schweiz 26.302.643 Ké = 1.84 Prozent, Niederlande 24.881.643 Ké = 1.74 Prozent, Frankreich 21.426.940 Ké = 1.50 Prozent, Belgien 8.732.679 Ké = 0.61 Prozent, sonstige Staaten 168.280.303 Ké = 11.79 Prozent.

Die dem Warenwerte nach wichtigsten im Spezialhandel ausgeführten Waren in der Periode Jänner bis September 1924 waren die folgenden: Baumwolle, Garne und Waren daraus 1.863.837.795 Ké, Wolle, Wollgarne und Wollwaren 1.279.497.311 Ké, Holz 1.701.460.360 Ké, Glas und Glaswaren 905.659.125 Ké, Eisen und Eisenwaren 827.518.561 Ké, Obst, Gemüse, Pflanz usw. 280.513.615 Ké, Hanf, Flachs, Jute usw. 422.381.227 Ké, Maschinen, Apparate u. s. w. 319.737.342 Ké.

Vervollständigung der Arbeitslosenstatistik in der Tschechoslowakei. Die Arbeitslosenstatistik wird bisher in der Tschechoslowakei auf Grund der Monatsausweise aller Institutionen verfaßt, die sich mit der Arbeitsvermittlung befassen. Maßgebend ist stets der Stand des letzten Tages des jeweiligen Monats. Diese so sichergestellten Daten werden durch Daten über die Zahl der vom Staate oder Betrieben unterstützten Personen ergänzt. Der statistische Staatsrat hat jetzt beschloffen, parallel mit dieser Statistik eine Arbeitslosenstatistik auf Grund der Berichte der Fachorganisationen herzustellen. Die die Daten über die Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder in Evidenz führen. Diese Art der Zusammenstellung der Arbeitslosenstatistik wird bereits im Auslande durchgeführt, namentlich in Industriestaaten, und ermöglicht einen zwischenstaatlichen Vergleich. Das statistische Staatsamt hat in dieser Richtung eine Enquete eingeleitet und erbat sich die Vorschläge der interessierten Faktoren, namentlich der Art und des Umfangs der Untersuchung.

Arbeitsvermittlung. — Meldung offener Arbeitsstellen. Während der letzten Zeit mehren sich in der Folge der Nichtanmeldung offener Arbeitsstellen bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungsanstalten. Deswegen müssen monatlich Hunderte von Arbeitgebern auf diese Pflicht aufmerksam gemacht werden. Mit den Gesetzen Nr. 322 und 482 vom Jahre 1921 und 400 vom Jahre 1922 wurde allen Arbeitgebern die Pflicht der Meldung sämtlicher offener Arbeitsstellen offener Berufs-kategorien bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungsanstalten (Bezirksanstalten für Arbeitsvermittlung) auferlegt und mit der Durchführungsvorschrift des Ministeriums für soziale Fürsorge zu diesen Gesetzen Zahl 16.000/III, G-22, als Zusatzfrist bei der Anmeldung von Stellen die Frist von mindestens drei Tagen festgesetzt. Die Nichtanmeldung von Stellen wird im Sinne der Bestimmungen der genannten Gesetze bestraft. Alle Arbeitgeber, ohne Unterschied zu welcher Berufsgruppe sie gehören, werden darauf aufmerksam gemacht, daß alle Arbeitsstellen, welche zur Besetzung gelangen, ohne Unterschied, um was für eine Stelle es sich handelt — auch solche Stellen, welche in den Zeitungen mit der Beschriftung oder unter Chiffre veröffentlicht werden — vor allem früher immer der zuständigen Bezirksanstalt für Arbeitsvermittlung in Böhmen gewöhnlich im Tische der Bezirksverwaltungs-kommission, im Sinne der angeführten Bestimmungen angemeldet werden müssen. Die Vermittlung der Bezirksanstalten für Arbeitsvermittlung ist vollkommen unentgeltlich. Die Arbeitsvermittlung ist besonders in Böhmen derart ausgebaut, daß sie den Wünschen der Parteien, besonders bei der Bestellung von Arbeitskräften bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit Rechnung tragen kann. Bei den öffentlichen Anstalten brauchen die Stellen nur dann nicht gemeldet werden, wenn die Anmeldung bei dem in einem eventuellen Kollektiv-Vertrage bezeichneten Facharbeitsnachweise erfolgte.

Geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit in Großbritannien. Auf Grund des Ausweises vom 13. Oktober gab es in Großbritannien 1.210.200 Arbeitslose, also um 5375 weniger als am 6. Oktober und um 75.423 weniger als am 31. Dezember 1924.

